

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 RM.; durch die Post monatlich 1,50 RM., vierteljährlich 4,50 RM. Einzelne Nummern kosten 1 RM. Fern- und Sammlungsstellen kosten pro Seite 25 Pf. Geschäftsstellen werden nicht angenommen.

Glück  Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum.
Druck und Verlag von H. Sandmann & Co., Bochum, Westenhofenstraße 88-92.
Telefon-Nr.: Bochum 98, Expedition 89. Telegramm-Adresse: VTB Bochum.

Gegen die Milchverteuerung.

Zeit ist's, ihr Proletenfrauen,
Höchste Zeit zum Protestieren,
Oder wollt ihr nur geschöpft sein
Und die Abwehr nicht riskieren? —

Zahlt ihr doch zum allerhöchsten
Schon für Nahrung, Pacht und Steuern,
Und nun will man auch die Milch noch,
Arme Frauen, euch verteuern. —

Woher nehmen und nicht stehlen;
Bei dem schollen Lohn der Knappen?
Viel zu teuer ist schon alles,
Und noch mehr sollt ihr berappen. —

Woher nehmen und nicht stehlen?
Nein, ihr könnt es nicht erschwingen;
Dahin sollt ihr festgeschlossen
Jetzt die Teuerung niederringen.

Viel zu lang habt ihr geschwiegen
Schon beim Mehrpreis-Dekretieren;
Zeit ist's, ihr Proletenfrauen,
Höchste Zeit zum Protestieren! —

S. N.

Erfolge des Bergarbeiterverbandes.

Unser Artikel: „Was soll das werden?“ in Nr. 28 der „Bergarbeiter-Zeitung“ hat viel Beachtung in Mitgliederkreisen gefunden. In einer Reihe Basistellenversammlungen und Bezirkskonferenzen ist die wichtige Frage, wie der Mitgliederwechsel am besten eingeschränkt würde, eingehend besprochen worden. Mancher gute Vorschlag wurde gemacht, wie es überhaupt sehr erfreulich ist zu sehen, wenn sich die Mitgliedschaften für die Angelegenheiten der Organisation lebhaft interessieren. Wir stehen nicht auf dem bornierten Standpunkt, „nur die Führung“ sei imstande, die Bedürfnisse der Organisation zu erkennen, betonen vielmehr, daß eine Bewegung wie die unsrige nur vorwärts kommen kann, wenn die Mitgliedschaften mit den Vertrauensleuten und Angestellten Hand in Hand arbeiten. Was der eine nicht weiß, das weiß der andere, so ergänzt man sich. Warum so viele Berufsangehörigen nicht organisiert bleiben oder sich überhaupt von der Gewerkschaft fernhalten, das hat der „Bergknappe“ (Nr. 28) just in derselben Woche, in der wir unseren kritischen Artikel veröffentlichten, ganz richtig erklärt, indem er schrieb:

„Bei Durchsicht der Mitgliederlisten findet man, daß gerade die Ernährer zahlreicher Familien proportional stärker vertreten sind, als Leidge und solche, die sicher besser in der Lage wären, die Opfer zu erbringen, wie die Erzeugnisse; ein Beweis, daß der Gewinn, die Beiträge seien nicht zu erbringen, nicht schlagend ist. Der Grund ist meistens in den eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den vielen Familienvereinen zu suchen. Man glaubt, man würde was geparkt haben, wenn man am Ende der Woche die Gewerkschaftsbeiträge nicht zu zahlen braucht. Wenn aber das andere Tages, bei dem von einem oder anderen „gemülligen“ Verein veranstalteten Festlichkeit einige Mark drausgehen, so wird dies nicht beachtet. Frage sich doch nach jeder, der irgend einem dieser „schönen“ Vereine angehört, ernstlich, was ihm derselbe das Jahr über kostet, und er wird sich sagen müssen, daß die Kosten die Höhe der Gewerkschaftsbeiträge bei weitem übersteigen.“

Und was bieten diese Vereine? Gelage, Zusammenkünfte, die nichts, aber auch rein nichts einbringen. Die Versammlungen der Organisation, wo ernste Fragen behandelt werden, das Wissen bereichert und Aufklärung geschaffen wird, werden wegen irgend einer Feilscherei nicht besucht. Wenn aber der Lohn zum Leben nicht reicht, Krankheit, ein Sterbefall, Arbeitslosigkeit, Invalidität, Unfall u. dgl. eintritt, ist von diesen Vereinen nichts zu erwarten. Und doch ist kaum ein Unorganisierter, der angibt, er könne die Gewerkschaftsbeiträge nicht zahlen, zu finden, der nicht irgend einem dieser nichts einbringenden, geldstehenden Vereine angehört.“

Ausnahmsweise finden wir mit die in den Darlegungen des „Bergknappes“ einverstanden. Sie zeigen ohne weiteres, daß es drüben so geht wie hüben. Die Beiträge des Zentrumsgelehrten sind wöchentlich um 10 Pf. geringer als die unfrigen; trotzdem muß der „Bergknappe“ klagen, sehr vielen Berufsangehörigen seien diese Beiträge „zu hoch“. Als unser Verband nur 30 Pf. Monatsbeitrag erhob, auch da hieß es: „Der Beitrag ist mir zu hoch“. Gütten wir nur 10 Pf. erhoben, auch dann wäre er vielen noch „zu hoch“ gewesen. Die Erfahrung hat uns aber gelehrt, daß die Organisation mit sehr niedrigen Beiträgen erst recht nicht vorwärts kommt. Betrachte man sich folgende Zahlen:

Der Verbandsbeitrag betrug	Die Mitgliederzahl betrug
1894/95 30 Pf. monatlich	zirka 4000
1899 40 „ „	33 170
1903 70 „ „	68 028
1910 bis 50 „ „ wöchentlich	128 487

Die Kameraden, welche für höhere Beiträge eintreten, um die Organisation leistungsfähiger, deshalb werbekräftiger zu machen, haben also Recht behalten. Zahlen beweisen! Unser Verband hat sich gerade nach der Einführung der höheren Wochenbeiträge am schnellsten vorwärts entwickelt. Heute ist darum der Verband in der Lage, die um bessere Arbeitsbedingungen streifenden Kameraden monatlich voll zu unterstützen; früher konnten selbst kleine Kämpfe nicht durchgeführt werden, weil die Verbandskasse schnell leer war. Allmählich erst ist unser Verband eine wirkliche Kampforganisation geworden.

Daran ändert auch das großmüßige Geschwafel eines R. W. (Karl Weller) in der anarchosyndikalistischen „Einigkeit“ nichts. Wir müssen schon sagen, daß dieser Maulathlet, über dessen verleumdendes Treiben wir an anderer Stelle dieses Blattes Abrechnung halten, den Bergarbeiterverband giftiger angreift als selbst die Bienenbrennerei. R. W. hat den Nach-

weis erbracht, daß er sich mit Franz Glitsch die Hand reichen kann. Die beiden passen hübsch zusammen.

Was soll man z. B. dazu sagen, daß R. W. hochgelehrt salbirt, der Mitgliederwechsel existiere, weil die Verbandsleiter sich in „bössiger Unkenntnis der Volkshygie“ (1 wie gelehrt!) befänden, den „Mann aus der Grube nicht mehr verstehen“; in „dem rund 20jährigen Bestehen des Verbandes“ sei „auch rein gar nichts getan worden“ (11), daß der Lebensaufgabe einer Kampforganisation entspricht! So wußte ich zu lesen in Nr. 28 der „Einigkeit“. Kann man sich „besser“ als eingebildeter Pinsel und Geschichtsfälscher kennzeichnen?

Wir beschäftigen uns grundsätzlich nicht mit dem unaufrichtigen Geschwafel der „Einigkeit“, wollen aber doch einmal an einigen Beispielen zeigen, wie konfus es in dem Kopf des „Einigkeits“-Geschreibens aussieht. Am nächsten liegt die Frage, was denn die anarchosyndikalistische Agitation für Erfolge aufweist! Obgleich die „Einigkeit“ alles viel besser weiß wie wir anderen Sterblichen, die „Stimmung der Massen“ so genau kennt wie keiner von uns, was hat sie für Erfolge aufzuweisen? Die Massen wollen von dem anarchosyndikalistischen Wortradikalismus nichts wissen! Die sogenannte „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ (deren Organ die „Einigkeit“ ist) hat so kläglich abgeschnitten, daß auf ihrem 8. Kongress, am 28. bis 28. März 1910 in Berlin, kein gedruckter Geschäftsbericht mehr vorgelegt wurde, um den großen Mißgang der „Bewegung“ nicht öffentlich bekannt zu geben!

Da von der „Einigkeit“ stets großartig und gemein bekämpft freigeistlichen Zentralverbände haben dagegen von 1900 bis 1910 ihre Mitgliederzahl von 680 427 auf über zwei Millionen vermehrt! Sogar die Zentrumsgelehrten und Kirch-Zunderaner haben viel mehr Anhang unter den Arbeitern wie die „Einigkeits“-Opstel. Die französischen Anarchosyndikalisten haben jahrelang im Sinne der „besseren“ Welt agitiert und nun sehen sie ein, daß sie kläglich kaluiert. Die französischen Gewerkschaften, mit zumeist anarchosyndikalistischen Führern, sind hinter den Deutschen weit zurückgeblieben, haben leere Kassen und häufige „Generalkriegs“, die schnell abgebrochen werden müssen. Daß die freigeistlichen Zentralverbände Deutschlands, die von der „Einigkeit“ fortwährend geschmäht werden, achtunggebietend sind, sehr vieles für die Arbeiterklasse errangen, gibt nun auch der erste Führer der französischen Gewerkschaften, der Anarchist Georges Yvetot, in der „Voix du Peuple“ (Paris) offen und ehrlich zu. Was sich in Frankreich kläglich abgewirtschaftet hat, das preist R. W. immer noch als wahrhaftiges Heilmittel an. Sein Rezept verschreibt „weiße Salbe“, weiter nichts.

Der Bergarbeiterverband soll „rein gar nichts“ getan haben als Kampforganisation? Unser Verband hat allein in den letzten sechs Jahren zirka 3 Millionen Mark für Streiks und Gemächte ausgegeben! Die Anarchosyndikalisten vergnügten sich währenddem mit „radikalen“ Redensarten und gemeinen Verdächtigungen der wirklich kämpfenden freien Zentralverbände. Was lehrt uns die Bergarbeiterbewegung in Deutschland? 1889 ist unser Verband gegründet worden. Wo sich die Kameraden am frühesten und stärksten an den Verbandsbestrebungen beteiligten, nämlich im Ruhrgebiet, da sind auch die Arbeitsbedingungen am meisten verbessert worden. Im Ruhrgebiet herrscht die kürzeste Bergmannsschicht, und die Lohnsteigerung war hier am stärksten. Die Durchschnittslöhne für die Gesamtbelegschaften standen pro Schicht wie folgt (in Mark):

	1888	1910	Lohnsteigerung pro Schicht
Oberschlesien	1,85	3,44	1,59
Niederschlesien	2,04	3,23	1,19
Sächsischer Bezirk	2,28	3,57	1,29
Ruhrgebiet	2,69	4,54	1,85
Saargebiet	2,92	5,97	3,05

Wer angesichts dieser Zahlen behauptet, der Verband habe „rein gar nichts“ getan, der hat keine Ahnung von den allgemeinen hundsmiserablen Bergarbeiterverhältnissen vor Gründung des Bergarbeiterverbandes! Der weiß auch nicht oder verschweigt, welche Folgen eintreten, als sich die Vergleute durch kapitalistische Drohungen einschüchtern, oder von „besser“ wissenden Wortradikalen beschwören lassen und der Organisation den Rücken kehren. Sehe man sich folgende Lohnentwicklung an! Der durchschnittliche Lohn für Häuer und Schlepper betrug im

	Saargebiet	Ruhrgebiet
1888	2,06	2,06
1889	3,44	3,42
1892	4,28	3,87
1894	3,68	3,73
1900	4,11	5,18
1910	4,50	5,87

Anfangs, bis 1892, stand also der Saarbergmannslohn höher als der Ruhrbergmannslohn. 1893 ließen aber die Saarbergleute ihren mit unserem Verbandszusammenwirkenden Rechtschutzverein vollständig zusammenbrechen! Darum war 1894 ihr Lohn 55 Pf. pro Schicht niedriger als 1892, dem Jahre des guten Organisationsstandes. Die Ruhrbergleute hatten bis 1892 geringere Löhne als die Saargebieter. Auch die Ruhrbergleute verließen 1893/94, nachdem der teilweise Frühjahrsstreik ungünstig für sie endete, massenhaft den Verband. Aber unser Verband wurde doch nicht vernichtet, eine wahre Kerntruppe blieb treu und arbeitete für den Verband. Er wuchs nach 1896 wieder langsam an und bemühte sich stets nach Kräften um die Verbesserung der Bergarbeiterlage. Das hatte den Erfolg, daß 1900 der Ruhrgebietslohn 1,05 Mt. pro Schicht höher war als der Saargebietslohn, 1,29 Mt. pro Schicht höher wie 1892 und höher blieb, während die Saargebieter noch 1900 weniger Lohn hatten wie 1892! Diese schwere Schädigung der Saarbergleute war lediglich die Folge des Zusammenbruchs ihrer Organisation! Wäre auch der Bergarbeiterverband vernichtet worden, dann hätten wir überall die selbe ungünstige Lohnentwicklung wie im Saarbergbau!

Wollt trotz aller Aufforderungen der größte Teil der Belegschaften unorganisiert blieb, während sich die Unternehmer bis zum letzten Werkbestreuer vereinigten, deshalb nur konnte es bisher im Bergbau noch nicht zu einer allgemeinen Bewegung kommen und mußten die meisten Streiks ohne den erhofften Erfolg beendet werden. Wer aber nun sagt, diese Streiks seien überhaupt erfolglos für die Arbeiter gewesen, der schwächt Unfug. Selbst die Kameraden, welche 1905 während gegen den Streikbruch im Ruhrgebiet ankämpften, erklären heute, daß der Kampf von 1905 doch Erfolge hatte. Nach dem Streik sind die Löhne so stark wie nie zuvor gestiegen! Auch unsere Lohnbewegung im Herbst 1910 hat die Lohnentwicklung günstig beeinflusst; der weitere Lohnrückgang wurde verhindert. In Oberschlesien herrscht noch auf vielen Gruben die 10- bis 12stündige Schicht, dort konnte unser Verband nur schwach Fuß fassen. Nur 20 A Prozent der Vergleute fahren 8stündig an. 1900 erreichte der Bergarbeiterverband, daß in Niederschlesien auf den meisten Zechen die 8 1/2 bis 9stündige Schicht eingeführt wurde; vorher war sie 10- bis 12stündig! Ist das kein großer Erfolg? 1908 mußten die mitteldeutschen Braunkohlenbergleute ihren Streik aufeinander erfolglos abbrechen. Tatsächlich wurde nach dem Streik vielfach die Schichtzeit um ein bis drei Stunden gekürzt und die Löhne stiegen! Ist auch das kein Erfolg? Im Jahre 1897 begann unser Verband die oberbayerischen Vergleute zu organisieren. Die Lohnentwicklung war dann folgende: Der Durchschnittslohn betrug (in Mark):

	1898	1900	1908	1910	1908	1910
Gnausheim, Miesbach, Bengberg	4,03	5,07	8,10	8,83	2,80	3,20
Welfenberg	3,03	5,00	2,87	3,84	2,76	3,00

Ist auch das kein Erfolg? Glaubt denn auch nur ein Arbeiter, die Werkbestreuer hätten die Löhne in dieser Weise aufgebessert und die Schichten verkürzt, wenn nicht unser Verband für die Kameradschaft eingetreten wäre? Auch der jetzt beendete Streik der mitteldeutschen Braunkohlenbergleute ist durchaus nicht erfolglos für die Arbeiter gewesen. Auf einer Reihe von Werken sind Lohn erhöhungen zugegeben, von verschiedenen Verwaltungen auch schriftlich anerkannt worden! Alle Forderungen wurden durchgeleitet worden sein — wenn es keine Unorganisierten und Streikbrecher gäbe. Der Kampf hat 18 Wochen gedauert, noch niemals war in Deutschland eine so große Masse Bergarbeiter so lange im Streik. Und da kommt ein Maulathlet R. W. her und schwört, unser Verband habe „rein gar nichts“ als Kampforganisation getan. Was unser Verband erreicht hat auch hinsichtlich der Einrichtung und Verbesserung der Wasch- und Badeanstalten, der Verlektionsfürsorge auf den Zechen, auf dem knappschaftlichen Gebiete, was unser Verband durch seinen Rechtschutz für Tausende und aber Tausende Bergarbeiterfamilien erkämpft hat, das kann kein Großmaul aus der Welt schwaugen.

Natürlich können wir nicht zufrieden sein mit dem Erreichten, wir wollen und dürfen die Hände nicht in den Schoß legen und „radikal“ warten, bis sich „alles, alles wendet“. Die künstliche Verteuerung der Lebensmittel, die großen Steuererhöhungen und der Wohnungswucher verschlingen die meisten Lohn erhöhungen. Aber dafür kann der Bergarbeiterverband doch nichts! Gegen diese Mißstände muß auf dem politischen parlamentarischen Gebiete gesondert angekämpft werden. Der konfuse Anarchosyndikalismus des gelehrten R. W. verweist aber auch die politische-parlamentarische Aktion! Er will die Welt mit bombastischen Phrasen aus den Angeln heben.

Wirklich geschulte Gewerkschaftler wissen, daß dem arbeitenden Volk nur durch systematische, ununterbrochene Organisationsarbeit geholfen werden kann. Diese Arbeit ist schwer; leicht ist es, sie zu kritisieren und den unfehlbaren Weisheitsfächer zu spielen. Das Unternehmertum fürchtet nur die straffgeleitete gewerkschaftliche Organisation der Vergleute! Nur sie bringt den Kameraden Erfolg.

Darum, Kameraden, sorgt dafür, daß es keine Unorganisierten und keine Streikbrecher mehr gibt, damit wir den gerechten Kampf für die Bergarbeiterrechte auf der ganzen Linie durchführen können.

Das Ende des Streiks in Mittelddeutschland.

Der bisher längste Bergarbeiterstreik in Deutschland, an dem auf seinem Höchststande 7600—8000 Kameraden beteiligt waren, ist am 11. und 12. August auf Beschluß der Belegschaftsbetreuer beendet worden. Die Bewegung dehnte sich aus von der brandenburgisch-sächsischen Lausitz bis in das Herzogtum Altenburg, von dort nach Reiz-Weißenfels und schließlich ergriff sie das braunschweigische Reibier. In der Lausitz begann der Kampf bereits am 15. April, das Reiz-Weißenfels-Reibierwitzer Reibier folgte am 8. Mai, die braunschweigischen Gruben wurden am 12. Juni mit in den Streik hineingezogen. Die Streikausdehnung erfolgte, weil die betreffenden Gruben den Ausfall der Förderung zu decken beabsichtigten.

Die Forderung der Belegschaften lautete: Einführung von Tarifverträgen, damit der willkürlichen Festsetzung der Bedinge, Schichtlöhne und Schichtzeiten ein Ende bereitet würde. Der Arbeiter will gleichberechtigt mitreden bei der Formulierung der Arbeitsvertragsbedingungen! Was andere große Arbeitergruppen längst besitzen, nämlich die Anerkennung des Mitbestimmungsrechtes des Arbeiters in Sachen des Arbeitsvertrages, das bedürfen die Vergleute erst recht. Für dieses Recht ist in den mitteldeutschen Braunkohlenreibern nun monatlang gestreikt worden.

Aber gerade weil es sich um die Anerkennung dieses Arbeiterrechtes handelte, deshalb haben die Werkbestreuer diesen Kampf zu einer prinzipiellen „Machprobe“ gestempelt. Deshalb heizten die Schmarbaderorgane sich, dem mitteldeutschen Braunkohlen-Industrie- und Arbeiterverein, der neuen Zentralorganisation der Braunkohlenwerkbestreuer, die weitestgehende Unterstützung aus der Halle des an-

gemeinen Arbeitgeberverbandes zu versprechen, wenn der Tarif-
forderung der Bergarbeiter beharrlicher Widerstand entgegen-
gesetzt wurde! Einführung von Tarifverträgen im Bergbau be-
deutet die Anerkennung des Arbeiters als vertragsgewürdige
Partei! Das diktiert dem Herrenmentzschentum der „Anfang der
Revolution“, wenigstens tun ihre Zeitungen so. Und wenn erst
einmal in einem Revier die Bergarbeiter ihre Arbeits-
bedingungen tariflich geregelt haben, so können die anderen
Revier um diese Reform nicht mehr herum. Darum führen die
mitteldeutschen Braunkohlenbergleute den ersten bedeutenden Vorstoß für die
tarifliche Regelung der Bergarbeiterver-
hältnisse in Deutschland. Das erkennen die Herren-
herren überall, daher veranlassen sie die mitteldeutschen Werks-
besitzer, mit den Arbeitern nicht zu verhandeln,
sonst es was es wolle!

Daraus erklärt sich die schon einmal von uns mitgeteilte
Bemerkung eines mitteldeutschen Herrn:

„Schaffen Sie Zölle im Ruhrgebiet (III) und Sie haben Sie
im Braunkohlenrevier ohne Kampf!“

Das sagt wohl genug. Weil die Herrenherren in ganz
Deutschland diesen Kampf als entscheidend für das Herren-
mentzschentum in der Montanindustrie auffassen, deshalb standen
die Kameraden monatelang im Streik gegen die vereinigte
Unternehmenseinheit und selbst die Versuche der Bergbehörden
und des Herrn v. Berlepsch, eine Einigung herbeizuführen,
scheiterten an dem schroffen Nein! der Industriebesitzer.

Nachdem alle Versuche, die Werksbesitzer zur Anerkennung
des Arbeiters als verhandlungswürdige Partei zu nötigen, feh-
geschlagen waren, auch die sofortige Ausdehnung des Streiks
auf zurecht noch mühevollere Schwierigkeiten stieß, leider
aber auch in einigen Orten in den letzten Streikwochen sich die
Zahl der Streikbrecher vermehrt hatte, da
fanden die Belegschaftsvertreter nach reiflicher Beratung zu dem
Schluß, den zurecht nicht mehr aussichtsreichen Kampf zu be-
enden. Die Schlussabstimmungen fanden geheim statt, von den
Vertretern der Organisationsverbände beteiligte sich keiner an
der Abstimmung. Natürlich gab es auch Belegschaftsvertreter,
die der Ueberzeugung waren, es müsse weiter gestreikt werden.
Aber in den dann abgehaltenen allgemeinen Belegschafts- und
Bezirksversammlungen zeigte sich, daß die große Mehrheit der
Streikenden selber der Meinung war, der Kampf müsse jetzt
beendet werden. Nur in drei Versammlungen war eine Mehr-
heit für Weiterstreiken, aber sonst entschieden sich alle Versam-
mlungen mit großer Mehrheit, einige sogar einstimmig für die
Beendigung des Streiks. Es ist mit besonderer Freude zu kon-
statieren, daß sich dann alle Belegschaftsmitglieder dem Spruch
der Mehrheit fügten und die Arbeit wieder aufnahmen. Diese
kameradschaftliche Disziplin ist die Wür-
schaft für den zukünftigen vollen Sieg der
Arbeiterschaft!

Nicht einzeln, „mit der Kappe unter dem Arm“, sind dann
am 11. und 12. August die Kameraden zur Bege gegangen,
sondern sie gingen alle zusammen hin unter dem Vor-
tritt der Schichtbelegierten! Das hat den Grubenverwaltungen
inponiert, nur einzelne traten den Kameradschaften unfreund-
lich entgegen. Selbst ein Amtsblatt, der „Vote von der Schmau-
der“ (Meuselwitz), sah sich genötigt zu schreiben:

„Das Zusammenhalten sowie die Führung unserer Arbeiterschaft
war musterhaft... Zu ernstlichen Ausschreitungen ist es nie gekommen.
Ihre Ehre haben die Arbeiter gerettet, indem sie standgehalten haben
und selber zum Streikbrecher geworden ist.“

Hieraus ist zu ersehen, wie man auch in Nicht-Arbeiterkreisen
über den Streik und die streikenden Arbeiter denkt. Auch hier
bezeugt man denjenigen, die für ihr Recht gekämpft haben, mehr
Sympathie entgegen als wie den Streikbrechern. Es kann ja
auch nicht anders sein. Wer für sein Recht kämpft, den muß ein
christlicher Mensch achten. Daß der Streik nicht „zusammenge-
brochen“ ist (wie der streikbrüchlerne „Arbeiter“, Organ der
„überkatholischen“, „Berliner Richtung“ liest), hat die Verwal-
tung der Bege Bismarck erfahren. Sie wollte den An-
fahrenden die Schichtzeit verlängern! Sofort ordnete
die zentrale Streikleitung das Weiterstreiken
auf dieser Bege an! Am nächsten Tage veröffentlichte
die Verwaltung eine Bekanntmachung, in welcher es hieß:

„Es war jedoch lediglich beabsichtigt, während der mehr
langwierigen als anstrengenden Wiederinstandsetzungsarbeiten des
Tiefbaues zur Entlastung der während des Streiks sehr angestrengt
gewesenen Beamten diese längere Schichtdauer beizubehalten, weil sie
längere und günstiger liegende Ruhepausen enthält. Da nun diese
Maßregel dazu geführt hat, daß sofort wieder mit den Mitteln maß-
gebender Agitation und rücksichtslossten Terrorismus gegen uns
vorgegangen wurde, so haben wir im Interesse des lieben Friedens
selbstverständlich von der Durchführung der geplanten Verschärfung
abgesehen. Es wird also auch in unserem Tiefbau nach wie vor nur
bis 1/4 Uhr gearbeitet.“

gez. Grube. Fürst Bismarck. G. m. b. H.

Die Schichtverlängerung wurde also abgelehnt, ein Be-
weis dafür, daß der Streik nicht zusammengebrochen ist. Aus
der Bekanntmachung der Begeverwaltung ist aber auch zu er-
sehen, daß die Grubenbaue schwer in der langen Streikzeit ge-

litten haben!!! Von verschiedenen Werksleitern wurde den Be-
legschaftsvertretern gesagt, es würde noch ein
bauern, ehe die Bege wieder ganz betriebs-
fähig seien! Von den anfahrenden Kameraden ist uns
ebenfalls gesagt worden, in den Gruben sehe es böß aus, manche
Betriebe würden Monate brauchen, ehe sie wieder ganz in Stand
gesetzt wären! Ob der Schachtmacherverband den
Gruben diesen großen Schaden ersetzt, ist sehr
fraglich. Wir wissen auch aus zuverlässiger Quelle, daß
gewisse Werksdirektionen sehr schlecht auf
die ausgegebene Schachtmacherparole zu spre-
chen sind! Wenn nicht ein unbestreitbarer Druck
von oben her auf die einzelnen Werksverwaltungen ausgeübt worden
wäre, dann hätten diese sich schon vor Wochen mit ihren Belegs-
chaften verständigt. Es unterliegt für uns keinem Zweifel,
daß, wenn die Schachtmacherzentrale sich nicht eingemischt hätte,
der Streik schon im Juli mit einem guten Vergleich beendet
worden wäre. Die Arbeiter haben ja frühzeitig einen Tarif-
vertragsentwurf eingereicht und haben erst dann ordnungsge-
mäß gekündigt, als jede Verhandlung über den Vertragsent-
wurf werkseitig abgelehnt wurde. Dann hätte es immer noch
leicht zur Verständigung kommen können, aber die Schach-
machergentrale hat sie verboten! Auf sie allein
fällt die Verantwortung für den Schaden, der den Gruben aus
dem monatelangen Stillstand erwachsen ist.

Die Kameraden haben in der Tariffrage ohne Zweifel eine
Niederlage erlitten. Aber sie ist damit durchaus
nicht erledigt! Und die anderen Gewerkschaften haben
erst nach wiederholten Niederlagen sich volle Anerkennung der
Tarife erobert. Mit Niederlagen ist der Weg zum
endlichen Sieg in der gesamten Arbeiterbe-
wegung bedeckt. Unser Kampf muß weiter gehen bis
zum Siege unserer gerechten Sache.

Aus diesem Kampfe ist auch die Lehre zu ziehen, daß bei
solchen prinzipiellen Kämpfen um das Arbeiterrecht das
Kampfsgebiet erweitert werden muß. Daß
dieses für die Zukunft möglich sein wird, dafür wird die Orga-
nisation, das mögen sich die Unternehmer gesagt sein lassen,
sorgen. Wenn in Zukunft zu solchen umfangreichen Kämpfen
ausgeholt werden muß, so geschieht dieses nicht um der Kämpfe
willen. Von einer Gewerkschaftsleitung wird der Streik als
das letzte Mittel angesehen. Wenn zum Streik gegriffen werden
muß, dann sind alle anderen Wege, um für die Arbeiter bessere
Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, schon gegangen.
Eine Besserung der Lage aller Kohlenarbeiter ist dringend not-
wendig. Darum wird auch für die Zukunft alles getan werden,
was möglich ist, um Besserungen für die Braunkohlenarbeiter zu
erlangen. Ist dieses nicht auf friedlichem Wege möglich, dann
werden die Organisationen auch vor größeren und umfang-
reicheren Kämpfen nicht zurückschrecken. Das sei auch an dieser
Stelle gesagt.

Wenn aber auch das eigentliche Kampfsziel, die tarifliche
Regelung der Bergarbeiterverhältnisse, diesmal — es war der
erste größere Ansturm! — noch nicht erreicht werden konnte,
so kann der Kampf doch nicht als erfolglos
bezeichnet werden! Zunächst hatte die Arbeiterschaft
wirklich nichts zu verlieren, wohl aber das Herrenmentz-
schentum. Schreibt doch selbst das schon genannte Amtsblatt, der „Vote
von der Schmauder“:

„Wenn auch nicht viel für die Knappen erreicht worden ist,
so haben sie doch durch ihre vierzehntägige Ruhe gesundheitlich
bedeutend gewonnen. Die Gesundheit, das höchste Gut des Menschen,
ist gebessert worden. Und das ist ein nicht zu unterschätzender Gewinn.“

Sehr richtig! Das mag sich auch der „Arbeiter“ merken,
dessen Sendbote, Herr Mische, sich während des Kampfes
alle Mühe gegeben hat, die Mitglieder der „katholischen“ Fach-
abteilungen zum Streikbruch zu veranlassen und der jetzt
die Situation so darstellt, als seien die Arbeiter „zusammen-
gebrochen“ und „schwer geschädigt“ durch das „Streiksystem“.
Das Geschreibsel des „Arbeiters“ ist nur eines gelben
Streikbrecherorgans würdig. Er schwindelt ganz
im Sinne der Schachtmacherpresse, der Streik sei eine „sozial-
demokratische Machtprobe“ gewesen. Dabei steht doch fest, daß
der Anlaß des Kampfes die schroffe werksseitige Ablehnung
jeder Verhandlung mit den Arbeitervertretern über den Tarif-
vertragsentwurf war. Erst als jede Verhandlung ab-
gewiesen wurde, begann der Kampf. Was hätten die Kameraden
tun sollen? Sich in Hundedemut dem Machtwort der Schach-
machergänge fügen? Das ist freilich die „Sozialtheorie“ der geistigen
Reiter des Fachabteilungsblattes, aber es ist nicht die
Gefinnung der Arbeiter! Und die „Berliner Richtung“
hat den Schmerz erleben müssen, daß die katholischen Fachabteiler
im Streikgebiet sich den Streikenden angeschlossen haben!!! Als
die Herren Mische und Genossen deshalb „scharfkontig“ wurden
und mit „Ausschluss“ drohten, da sind eine ganze Anzahl Fach-
abteiler zum Bergarbeiterverband übertreten! Das Gelalader
des „Arbeiter“ über das „verwerfliche Streiksystem“ findet also
nicht einmal in den Reihen der Fachabteiler den schnellst ge-
wünschten Anklang. Wir freuen uns herzlich über die zutage-
getretene kameradschaftliche Gefinnung der Leute, die Herr Mische
und Genossen gern zum Streikbruch verleitet hätte.

Es sind den Streikenden aber auch direkte Zugeständnisse ge-
macht worden. Selbst die schachtmacherischen „Leipziger Neuesten
Nachrichten“ schreiben, wenn die Werte wieder im Betrieb seien,
würden Lohnerhöhungen nicht zu umgehen sein. Auch
der Streik 1906 hatte, obgleich ihn die Bechenpresse als „erfolglos
für die Arbeiter“ hinstellte, Schichtverkürzungen und
Lohnerhöhungen im Gefolge. Der jetzige langdauernde
Kampf hat den Werksbesitzern gezeigt, daß sie den Arbeitern
doch entgegenkommen müssen, sonst ist ein neuer und noch um-
fangreicherer Streik die Folge. Den Gläubigen, die Organisation
der Arbeiter sei zu vernichten, hatten die Werksbesitzer noch 1906,
aber sie werden ihn aufgeben müssen, dazu hat sie der neue
und weit größere Kampf in diesem Jahre genötigt. Unsere
Organisation steht nach dem monatelangen Kampfe
eben so fest da wie vordem! Das ist den Herren wohl-
bekannt. Daher auch die Zusage von Lohnerhöhungen, auch im
braunschweigisch-preussischen Gebiet. Wo die Belegschaften an-
besten organisiert sind, dort sind auch Verbesserungen der Arbeits-
bedingungen ausgelagt worden; und wo dies noch nicht geschah,
die Belegschaften aber fest im Verbandszusammenhalten, dort
wird es auch, wie 1906, zu besseren Arbeitsverhältnissen kommen.
Speziell in der Lausitz sind mehrfache direkte Erfolge des Kampfes
zu verzeichnen. Auf einer ganzen Reihe von Gruben wurden
Zugeständnisse gemacht und zum Teil schriftlich von
beiden Parteien niedergelegt. So wurde mit der Glückaufgrube
in Neichenau ein Vertrag abgeschlossen, der den Schichtlohn auf
3,70 Mk., früher 3,00 Mk., festsetzt. Auch für das Stempel-
stellen, Goldbauern, Schichtenvergütungen, Kreuzplattlegen, wird
für die Zukunft bedeutender Aufschlag gezahlt und ist schriftlich
niedergelegt worden. Auf der Grube Perles (die größte des
ganzen Bezirks) wurde eine schriftliche Vereinbarung getroffen,
welche für die Grubenarbeiter, Maschinisten, Felschlepper und
Handwerker eine Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Schicht, und
für die anderen eine solche von 10 Pf. pro Schicht festgelegt.
Auch wurde vereinbart, daß bei Strecken, die über 100 Meter
lang sind, für je weitere 25 Meter jedesmal 1/4 Pf. pro Wagen
lohn mehr gezahlt wird. Befristet erhalten die Verheirateten
Arbeiter je 30 Rentner, die unverheirateten Arbeiter je 25
Rentner zu je 20 Pf. unter Tagespreis geliefert. Die
Lohnzahlung soll nicht mehr am Sonnabend, sondern auf Wunsch
der Arbeiter jeden Freitag stattfinden. Einige weitere Unter-
nehmer erklärten, daß auch sie nach Wiederaufnahme der Arbeit
Zugeständnisse machen wollten. Andere wieder erklärten, daß
sie ihr Versprechen, die Löhne zu erhöhen, halten würden, aber
schriftlich würden sie nichts geben. Ihr Ehrenwort bürge dafür.
Einige andere Vorken erklärten, daß sie das nach ihrem eigenen
Ermessen machen würden usw.

Verbleibend hat sich die Lage der Kameradschaften durch
den Kampf also nicht, es sind im Gegenteil schon Verbesserungen
der Löhne zugestanden worden und andere Gruben werden folgen.
Nun kommt es darauf an, die wichtigen Lehren dieses ersten
größeren Tarifvertragskampfes im Bergbau Deutschlands zu
beherzigen. Wir müssen noch viel mehr wie bisher die Schlag-
fertigkeit des Verbandes erhöhen, noch viel mehr die Macht-
verhältnisse der Begeverbände berücksichtigen, noch viel mehr
darauf dringen, daß sich die Belegschaften bis zum letzten Mann
organisieren, damit wir sobald wie möglich und noch weit um-
fangreicher als 1911 den Kampf für die Verbesserung der Ar-
beiterverhältnisse im Bergbau aufnehmen und durchführen
können, wenn die Herrenherren es abermals ablehnen, mit den
Arbeitern über eine zeitgemäße Regelung ihrer Arbeitsbedin-
gungen zu verhandeln. Ehe diese Regelung nicht erfolgt ist,
kann es keine Ruhe geben.

Bergarbeiterverhältnisse in Großbritannien.

II.

Befahrung der Grube Nine Mile Point.

Es war unser Wunsch, auch die Verhältnisse in einer Kohlengrube
Britanniens durch eigene Anschauung kennen zu lernen. Durch die
Vermittlung des Kameraden Alfred Dions, Distriktsleiter im
Bezirk Tredegar und Hauptkassierer der südwalisischen Berg-
arbeiterföderation, wurde es uns möglich, die Grube Nine Mile
Point (Neunmeilenpunkt), unweit Pnysbdu (Sprich: Enisse), zu
besuchen. Sie gehört zu den größten Bechen in der Grafschaft Mon-
mouthshire. Die Belegschaft beläuft sich auf ungefähr 2000 Mann.

Unter Führung des check-weigher (Wiegekontrollleur), Kameraden
Charles Edwards, und des sehr zuvorkommenden Betriebs-
führers der Grube besichtigten wir zunächst die Tagesanlagen. Einen
besonders guten Eindruck machten sie nicht auf uns. Prosperität und
Ordnung liegen zu wünschen übrig. Drei Schachtanlagen, von denen
zwei zum Fördern und einer als Ausschichtschacht dienen, liegen in kurzen
Abständen nebeneinander. Der Bechenplatz ist, wie auf den meisten
anderen Gruben, die wir sahen, eng umgrenzt. Genossen an den
größeren Gruben des Ruhrreviers bezüglich der Tagesanlagen, können
die Gruben in Großbritannien, soweit wir Gelegenheit hatten, sie zu
sehen, keinen Vergleich aushalten. Separation (Kohlenwäsche) sowie
Wabebereinigungsanlagen fehlen auf Nine Mile Point gänzlich. Wab-
gelegenheit für die Arbeiter gibt es überhaupt nicht auf den Gruben,
die wir sahen. In dieser Beziehung ist es in England heute noch, wie
bei uns vor 20 bis 30 Jahren.

Verbandsmitglieder! Jeder von euch muß ein neues Mitglied werben!

Bergarbeiterleben in Amerika.

In der amerikanischen Arbeiterbewegung ist kaum ein lang-
wierigerer großer Kampf heldenmütiger ausgetobt worden, als der
jetzt beendete Ausstand der Kohlengräber von Westmoreland County
im Staate Pennsylvania. Und kaum vorher sind vom Kapital härtere
Einschränkungsversuche gemacht, als die „Youngs“ — von der
Verzehrung aus den Wohnungen — angefangen bis „um fallstündigen
Worte“ — angewendet worden, um den Streik zu brechen und die
Grubenfluten zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Die
Mittel des Staates, jene pennsylvanischen „Kofaten“, rivalisierten in
der beispiellosen Brutalisierung der Bergarbeiter und deren Familien-
angehörigen mit der Privatpolizei der Grubenbarone, die Klassenjustiz
jetzt wahrer Regent der Rechtsbeugung und Niedertracht. Die Kohlen-
gräber sind schließlich unterlegen, aber dennoch bildet der Kampf, den
diese Kameraden jeherz Monate unter Entbehrungen führten, ein
Ruhmesblatt. In der doch ein glänzender Beweis bewunderungs-
würdiger Opferfreudigkeit und zäher Ausdauer, Tugenden, die in
gleichem Maße amerikanischen Arbeitern fehlen, wenn überhaupt
eigen sind.

Westmoreland County, der Schauplatz des Kampfes, liegt im we-
stlichen Teile des Staates Pennsylvania und ungefähr 30 Kilometer
von Pittsburgh, dem Hauptort der Schwerindustrie. Bei vollem Betrieb
sind etwa 20000 Kohlengräber im Westmoreland-Revier beschäftigt.
Bis etwa 20 Jahren, als in jenem Revier die Knights of Labor
(Arbeitritter, die ehemals mächtige Gewerkschaftsorganisation) noch
dominierten, waren die Belegschaften fast ausschließlich Irlander,
Waliser und Deutsche. Aber nach dem Niedergang der Knights of
Labor und einem verlorenen Streik zogen die Grubenbesitzer
milliarden Arbeiter heran, die ein wertvolleres Objekt ihrer Aus-
beutungsgelüste bilden sollten. Irlander, Waliser und Deutsche wurden
abgehoben und durch Ungarn, Russen, Polen und Slowaken ersetzt.
Und da es der United Mine Workers (Bergarbeiterverband) nicht

geling, den verlorenen Boden der Knights of Labor zu gewinnen,
erhielt das gewerkschaftliche Leben allmählich ganz und gar. Hand
in Hand damit ging die Verschlechterung der Lage der Grubenarbeiter.

Aber schließlich ritz trotz der Tätigkeit einiger Geistlichen, die die
Arbeiter ständig zur Untertänigkeit ernährten, die Geburt der Ge-
treuen und Betrogenen. Sie organisierten sich zum Teil und stellten
im März letzten Jahres eine Reihe Forderungen, deren wichtigste
lauteten: Lohnzahlung nach Gewicht; Anteilung eines Wiegemeisters
durch die Bergleute auf ihre Kosten in jeder Grube (um dem Be-
trüger den Schwiegern vorzubeugen); achtstündige Arbeitszeit; gleiche
Arbeitsbedingungen wie im Pittsburgher Distrikt in Bezug auf das
Festhalten der Stärke der Kohlenadern, Abheben der Stollen usw.
Auf diese bescheidenen Forderungen, die ja eigentlich nur auf die
Sicherheit gegen die Vergrößerung des Grubenkapitals hinausliefen,
antworteten die Grubenherren mit einem glatten „Nein!“ Daraufhin
wurde auf den 10. März 1910 der Ausstand erklärt, und bis zum
Ende des gleichen Monats hatten 18000 Bergleute die Arbeit nieder-
gelegt.

Sofort nach dem Ausbruch des Streiks trafen die Bergherren ihre
„Vorbereitungen“. Zuerst nutzten die Geistlichen, die die Gruben-
barone sich durch Spenden von Grundstücken für Kirchen und Pfarr-
häuser und auf andere Art verpflichtet hatten, gegen den Vor-
stoß und gegen die Agitatoren wehren, und dann wurde der
Streik und seine Deputierten, die Grubenpolizei, die Staatskonstabler,
Kofaten genannt, und die Privatpolizei der Grubenbesitzer auf-
gehoben, um die Ausständigen aus den Wohnungen zu treiben. Zehn-
tausend Familien wurden in kurzer Zeit evakuiert. Bei Tag oder
Nacht drangen diese Ordnungswächter in die Hütten der Bergleute,
rißten sie aus den Betten oder jagten sie vom Tische, trieben sie mit
Knüttel oder Säbelhieben ins Freie und warfen ihnen den Hausrat
nach. Gefährliche Missetaten unterjagten durch Einfallstürche den Aus-
ständigen das Abhalten von Versammlungen und schickten Streiker
gegen welche die nichtmündigen Verfehrer des Grubenkapitals Ar-

lagen fabrizierten, ins Gefängnis. Inmitten der Ausständigen oder
ihrer Frauen wurden von den Ordnungsmächtern auseinandergetrieben
oder belästigt. So wurde auf einen Zug Frauen beim Vorbeimarsch
an einer Grube ein Strahl heißen Wassers gerichtet, so daß die Mar-
schierenden und ihre Kinder, die sie auf den Armen trugen, glühende
Brandwunden erlitten, obendrein wurden die Frauen ohne jeglichen
Grund verhaftet. Noch brutaler verfuhr man mit den Männern.
Unabhängig wurden geschlagen und schwer verletzt
und ihrer zwanzig von den Schergen ersten Blutes
ermordet. Nur gegen wenige der Mörder wurden Anklagen er-
hoben, und die Prozesse endeten entweder mit Freispruch oder mit der
Verurteilung zu höchstens sechs Monaten Gefängnis.

All diesen Verdrüßungen zum Trotz hatten die Ausständigen aus.
Auf einem Hügelgelände errichteten sie mit den Mitteln, die für sie
teils durch öffentliche Sammlungen aufgebracht und teils durch die
United Mine Workers als Streikunterstützung beigelegt wurden,
ein Zeltlager und gemeinsame Küchen. In den Sommermonaten war
das Lagerleben angenehmer und gesünder als das Gehen in den
elenden Hütten der Grubenbesitzer, als aber der Winter kam
und tiefer Schnee ringsum die Landschaft einhüllte, zog die Not ein.
Barfuß warteten Männer, Frauen und Kinder durch den Schnee oder
halbgefrorenen Schlamm. Wiederholte Versuche, eine Einigung mit
den Grubenbaronen zu erzielen, schlugen fehl, ebenso der vor zwei
Monaten unterzeichnete Versuch, den Bundeskongress zum Einschreiten
gegen die offensichtlichsten Gesetzesverletzungen der Grubenbesitzer
zu veranlassen. Auch die United Mine Workers nutzten die Unter-
stützung der Ausständigen beschneiden, und so blieb den Bergleuten
nur noch das Aufgeben des Kampfes übrig. Aber die Belegschaften
nicht überwunden. Wohl mußten sie die Arbeit bedingungslos wieder
aufnehmen, aber ihre Ketten blieben in dem 16 Monate währenden
Kampfe ungebrochen. Und in dieser Standhaftigkeit und dem Aus-
halten liegt die Bedeutung des Kampfes der Gelben von Westmoreland
County. Bist du ein Mitglied davon?

Die niederschlesischen Kohlengruben Consolidierter Fuchs (Weich-
tein) nimmt eine Anleihe von 2½ Millionen auf, verzinstlich mit
½ Prozent, rückzahlbar bis spätestens 1. Juli 1922. Das G. B. Nr.

Verlauf des fraglichen Konflikts, ferner eine Uebersicht über die Organisationskräfte und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Hilfs-jugendlichen Organisationen.

2. Die zu unterstützenden Organisationen müssen Mitglieder einer dem Internationalen Gewerkschaftssekretariat angeschlossenen Landeszentrale sein, insofern nicht besondere politische Verhältnisse des Landes dies verunmöglichen.

3. Die zu unterstützenden Organisationen müssen ihrer internationalen Branchenorganisation angeschlossen sein und sich in erster Linie an diese um finanzielle Beistand wenden.

4. Ferner wird die Unterstützungsaktion nur für solche Organisationen weitergeführt, die das Internationale Sekretariat durch regelmäßige Information über den Verlauf der Kämpfe orientieren und sich zur Veröffentlichung der Abrechnung über die Kosten des Kampfes verpflichten.

c) Sind die in Abschnitt b bezeichneten Bedingungen erfüllt, so hat das Internationale Gewerkschaftssekretariat die Hilfsaktion einzuleiten. Das an die Landeszentralen gerichtete Unterstützungs-gesuch soll enthalten: eine kurze Begründung, ein Gutachten des Internationalen Sekretariats und, soweit dies möglich erscheint, bestimmte Vorschläge über die Art und Weise, wie die Unterstützung am zweckmäßigsten erfolgen könnte.

d) Das Internationale Sekretariat hat ferner dafür zu sorgen, daß bei länger andauernden Kämpfen die an der Hilfsaktion sich beteiligenden Landeszentralen von Zeit zu Zeit über die Situation unterrichtet werden, daß in allen Fällen baldmöglichst nach Abschluß des Kampfes den betreffenden Landeszentralen Bericht und Abrechnung über den Kampf erstattet werden.

Zu diesem Antrag wurden einige Änderungsanträge gestellt. Die gewerkschaftlichen Vertreter aller Länder erklärten sich für eine Regelung der gegenseitigen materiellen Hilfe; Legien hob hervor, daß der Antrag eigentlich nur die schon bestehenden Verhältnisse naturgemäß festlegen will. Als einzige waren gegen eine solche Regelung die Franzosen. Jouhaux befürwortete, daß die Selbstständigkeit der Organisationen unter solchen Einrichtungen leiden könne und daß außerdem das Unternehmertum über die materiellen Kräfte der Gewerkschaften dadurch erlange. Nachdem Absatz 2, der die Landesorganisations-verhältnisse etwas bindet, gestrichen worden war, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Große Streikbewegungen in England, die zum Teil zu Straßen-tumulten führten, geben der deutschen Scharfmacherpresse wieder mal Veranlassung nach Abnahmegeheßen — gegen die Arbeiter natür-lich — zu scheitern. Viel nötiger sind Gesetze gegen die Unternehmer, welche sich weigern, die Organisationen „ihrer“ Arbeiter anzuerkennen, mit ihnen nicht verhandeln wollen. Die Forderung der Organi-sationserkennung spielt nämlich neben dem Verlangen nach besseren Arbeitsbedingungen die Hauptrolle in der jetzt noch immer weitere Gewerbe erfassten Streikbewegung in Großbritannien. Vor einigen Monaten begann sie bei den Seefahrern, ergriß dann die Hafenarbeiter, vornehmlich in Cardiff. Die Unternehmer mühten teilweise die Löhne aufzubessern und anerkannten die Arbeiterorgani-sation. Eben waren diese Zustände zu Ende, da regte sich das Mienen-her der Londoner Hafen- und Transportarbeiter, eines Tages standen 100.000 für die Versorgung Londons mit Lebensmitteln unentbehr-liche Leute im Streik! Da mühten die Herren erkennen, daß ohne diese mitschuldig behandelten Arbeiter das Getriebe der Mienen-stadt nicht im Gange zu halten war. Der Mann der Arbeit war er-müdet und ergab sich der Anerkennung seiner Forderungen nach wenigen Tagen. Wenn in London drohten bereits Hungernöte, weil die Nahrungsmittelzufuhr fast ganz aufgehört hatte. Nun traten die Hafen- und Transportarbeiter in Liverpool, Englands zweitgrößte Hafenstadt, die Transportarbeiter in Glasgow, Newcastles usw. mit Lohnforderungen hervor und stellten die Arbeit ein, als sich die Unter-nehmer ablehnend verhielten. In Liverpool ist es im Anschluß an eine Massenversammlung infolge polizeilichen Übertriebens zu Straßen-kämpfen gekommen. Militär griff ein, die Auftritte wurden ver-letzt. Die Skawalle gaben der Regierung den von den Unter-nehmern sehr schärflich erwünschten Anlaß, die Streikgebäude militärisch zu besetzen. Die Streikbewegungen waren auch im Interesse der Arbeiter besser unterdrückt. Eine fast blutige abwartende Haltung der Streikenden ist dem Unternehmertum am gefährlichsten. Schließlich haben sich dann noch die Eisenbahner verschiedener Linien (in Großbritannien sind alle Eisenbahnen Privatigentum) der Streik-bewegung angeschlossen, nachdem sie jahrelang vergeblich auf bessere Löhne und Anerkennung ihrer Organisation gewartet haben. Die Regierung verhandelt mit den Führern der Eisenbahnbefitzer über einen Vergleich. Da es nicht zustande kam, so ist die Proklamierung eines Generalstreiks der Eisenbahner erfolgt.

Beendigung der norwegischen Ausperrung.

Die am 8. Juli begonnene Ausperrung, von der 30.000 Arbeiter, vornehmlich aus der Bergwerks-, Hütten- und Metallindustrie, be-troffen waren, wird mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet werden. Am 16. August verständigten sich die Gewerkschaften und die Unter-nehmervertreter über einen erhöhten Minimallohn. Voraus-sichtlich werden die Gewerkschaftsmitglieder dem für sie günstigen Vergleich zustimmen.

Eine hundert Jahre alte Gewerkschaft.

Ist der Verband der Eisengießer von England, Wales und Irland. Sie gab unlängst ihren 101. Jahresbericht (für 1910) heraus. Der Bericht konstatiert die Notwendigkeit einer besseren Zentralisation der Arbeiterverbände, weil die lokalen Vereine den Unternehmern-verbänden nicht gewachsen seien. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluß 17.000, die Einnahme belief sich auf 1.845.207, die Aus-gabe auf 1.578.650 Mk., darunter 593.132 für Arbeitslohn, 438.157 für Altersunterstützung. Das Verbandsvermögen betrug 914.223 Mk.

Knappschaffliches.

Auch eine Generalversammlung.

Dresden, die jährliche Jahressitzung, hat in den vergangenen Monaten manchen Kongreß in seinen Mauern gesehen. Manchen großen und bedeutungsvollen, aber auch manchen unbedeutenden, der nur für seine direkten Teilnehmer Interesse hatte. Die Einladung der Hygiene-Ausstellungsgesellschaft, die nach dieser Richtung hinaus in die Öffentlichkeit gegangen war, hat wohl das letzte dazu beigetragen, daß auch manchen kleine Verbände keine Tagung in Dresden abschiebt.

Zu diesen letzteren ist nun zwar der Knappschaffliche Verband nicht zu rechnen, denn er zählt 93 angeschlossene Knappschaffvereine mit 920.000 Mitgliedern. Ja, wenn man die Einnahmen und Aus-gaben dieser Vereine zum Maßstab für die Bedeutung des Knapp-schaffverbandes nehmen wollte, dann müßte man seine General-versammlung, die er am 8. August 1911 in Dresden abschiebt, zu den größten Ereignissen dieses Kongreßjahres zählen. Denn die ange-schlossenen Knappschaffvereine hatten im Jahre 1909 eine Einnahme von 17,5 Millionen Mark und eine Ausgabe von 80 Millionen Mark. Aber so darf man die Geschichte natürlich nicht betrachten — wenn-gleich auf Seiten der Zeitung die Meinung bestand, mit dem Herum-werfen recht großer Zahlen zu imponieren. Wurde doch sogar an-geführt, daß die Knappschaffliche-Verbandsorganisation 314 Millionen Mark in einem Jahre ausgegeben hat und daß diese große Summe von den Werksbesitzern allein — aufgebracht wurde. Wenn man einmal beim Rekonstruieren war, konnte man auch gleich noch die paar hundert Millionen mit aufzählen, die die Werksbesitzer sonst noch alle in auf-gebracht haben und die ihnen auch alle in den Taschen geblieben sind.

Aber, wie gesagt, die Millionenziffern bildeten nur die Staffage für eine sonst recht dürftige Tagung. Und wenn auch bei der Er-öffnung außer den ca. 90 Delegierten noch ein paar „hohe Herren“ anwesend waren und von Herrn Weidmann begrüßt wurden, so ändert das an der angeführten Tatsache nichts. Das einzige, was noch etwas Interesse beanspruchen konnte, war der Verwaltungsbericht, den Direktor Simonis erstattete. Selbiger führte aus, daß der Knappschaffliche Verband im vorigen Jahre keine Generalversammlung war, doch tüchtige Arbeit geleistet hätte. Unter anderem habe der Ausschuß Stellung genommen zur Reichsversicherungsordnung, zum Ver-sicherungsgesetz für Angestellte, ferner sei an den Bundesrat eine Eingabe gemacht worden bezüglich der Armenmittel. Auch mit denjenigen Knappschaffmitgliedern, welche der Mitgliedschaft verlustig gehen, ohne das pensionsfähige Dienstalter erreicht zu haben, beschäftigte sich der Ausschuß. Aus dem Verbands sind aus-

getreten 12 Vereine und verblieben in ihm 93 Vereine mit 920.000 Mitgliedern.

Auf diesen Geschäftsbericht sollte ein Vortrag über die Reichs-versicherungsordnung folgen. Der Referent, Direktor Wilde vom obersteichischen Knappschaffverein, beschränkte sich auf die Vorlesung der wichtigsten Bestimmungen, was ganze 40 Minuten in Anspruch nahm. Herr Wilde kam aber zu dem Schluß, daß die Reichs-ver-sicherungsordnung trotz des Protestes von verschiedenen Seiten ein großes Werk und ein Fortschritt auf sozialem Gebiet sei. Diese Meinung des Herrn Direktors konnte jedoch nicht ganz unbedingten-fallen, weshalb Knappschaffsleiter Kamerad Klatz das Wort zu einer Erwiderung nahm. Er führte an, daß durch die Reichs-ver-sicherungsordnung die Wünsche der Arbeiter auf sozialem Gebiet nicht erfüllt wurden und daß darum die Arbeiter ihre Proteste gegen dieses Gesetz so lange wiederholen werden, bis ihren Verlangen entsprochen wird. — Bergat Klatz, Saarbrücken, machte zu der Vorlesung einige Ergänzungen und bemerkte zum Schluß: Es sei Aufgabe der Knappschaffvereine, im Jahre 1912 zu prüfen, ob der gesetzliche Ver-trag erreicht, das heißt, das vorgeschriebene Vermögen vorhanden sei. Dann müßten die Vereine erstens die Beiträge prüfen und zweitens beim Bundesrat die Zulassung als besondere Kassenanstellung be-antragen.

Knappschaffsleiter Kamerad Jungesblut bemerkte hierzu, daß es auch noch andere Aufgaben für die Knappschaffvereine gibt, zum Beispiel die Heraushebung der Kassenleistungen für Kranke, Zu-waltden, Witwen und Waisen usw. Aber von diesen Aufgaben habe er kein Wort gehört.

Über den Entwurf des Versicherungsgesetzes für Angestellte ver-breitete sich Herr Mähne in längeren Ausführungen. Er hatte an ihm eine Reihe Ausführungen zu machen.

Herr Weidmann nahm sodann Gelegenheit, auf einige ab-fällige Urteile der Presse gegen die Knappschaffsleiter hinzu-weisen, welche nach deren letzter Generalversammlung laut wurden. Im dieser Anlaß eine außerordentliche Generalversammlung zu er-öffnen, hätte er diesen Punkt mit auf die Tagesordnung des Knapp-schaffsverbandes gestellt. Der Direktor der Knappschaffsleiter, Neumann, Charlottenburg, erklärte sodann das Wort und wies die Angriffe gegen seine Anstalt zurück. Weidmann war er beinahe un-verständlich, da er sich beim Sprechen zu weit über sein Konzept beugte.

Damit hatte die Generalversammlung ihr Ende erreicht. Das Unterbleiben jeglicher Beschlüsse gibt ihr den Charakter einer einfachen Zusammenkunft mit unverbundener Meinungsaustausch und dürfte ihr hauptsächlichster Wert wohl in der Festlegung der Hygiene-Aus-stellung liegen. Vorausgesetzt, daß das Resultat der Besichtigung im Interesse der Knappschaffsmitglieder vermerkt wird.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Reiche Teufburg. Es wäre notwendig, daß hier ein hölzerner Tadel zum Transport des Gesteins beschafft würde, da die jetzige Art des Transports durch die Schichtmeister immerhin Gefahren in sich birgt. Das bestreite für jede Kleinigkeit nimmt doch etwas hart zu. So wurde kürzlich eine Männerabteilung von 10 Mann wegen Ver-derbens eines unruhigen Wagens bestraft mit je 2 Mark, zusammen 20 Mark, bestraft; 20 Mark Strafe für einen Wagen, ist das nicht etwas reichlich? Die Antikerei ist sehr groß, besonders nach am Tage. Der Aufseher M. der über Tage die Aufsicht hat, hat schon wiederholt den Jungens mit schlagenden Worten den notwendigen Respekt vor seiner Person beigebracht. Wie sind der Meinung, daß sich der Mann auch in der Beziehung etwas mehr Zurückhaltung auf-legen dürfte. Auch könnte er leicht einmal an die falsche Adresse kommen. Hoffentlich sieht die Verwaltung einmal nach dem Rechten.

Reiche General Mumenthal III und IV. Im Ankreiben der Arbeiter sucht hier der Steiger P., Meier II, seinen Meister. Es ist selten ein Verbauener der Schleppe, der ihm genug leistet. Es heißt nur immer: „Für tut ja nichts, ihr könnt ja nichts, Geld verdienen wollt ihr!“ Bei einer Gelegenheit hat dieser Beamte sogar zu einem Ver-bauener der Schleppe Dienste machen müssen, gesagt: „Vor den Rauch müßte man auch treten, ihr verdammt Schunde, wenn ihr nicht auf-paßt!“ Auch ein anderer Schleppe bekam von ihm Krinkel angeboten. Bei diesem Steiger werden die Arbeiter überhaupt seines freundlichen Wortes wert erachtet und sehr häufig kommt es vor, daß der Herr nicht einmal ein „Guttag“ übrig hat, wenn er bei einem Schleppe oder Verbauener vorbeigeht. Ob er sich hierbei nicht selbst in seinem Ansehen mehr schadet, als er die Kumpel damit zu ärgern vermag?

Reiche Prospekt, Schacht VI und VII. Mancher kann halt nichts dafür —. Wenn man den Bildungsgrad mancher Grubenbeamten einschätzen wollte nach der Art und Weise ihres Benehmens den Ar-beitern gegenüber, dann würden viele dieser Herren eine verdammte niedrige Nummer kriegen. Es scheint aber, daß es den meisten der schimpfenden und pöbelnden Geister gar nicht einmal zum Bewußtsein kommt, daß sie schimpfen. Außerhalb der Grube, im Umgang mit ihresgleichen, sind sie vielleicht ganz nette und genießbare Menschen. Aber so wie sie den Grubenkumpel anziehen und sich als „Vergewaltiger“ fühlen, hat sie die Gewohnheit wieder beim Gevatter, die draußen zur Schau getragene Bildung ist nicht mehr zu spüren. Vielfach sind die Arbeiter auch schon so abgestumpft gegen die gewohnheitsmäßigen Schimpfworte der Beamten, daß sie selbst gar nicht weiter beachten. Das ist ein Fehler! Würde es den Beamten bei jedem Schimpfwort zum Bewußtsein gebracht, daß man eine menschenswürdevolle Behand-lung von ihnen zu verlangen hat, dann müßte dies doch zu einer Besserung des Umgangsstones führen. Auf unserem Schacht ist ein Erfolg in der angegebenen Weise bereits erzielt. Und zwar wurde hierbei, ganz wie es in der Ordnung ist, oben beim Betriebsführer zuerst angefangen. Herr F., so heißt er, bezieht sich ebenfalls gewohn-heitsmäßig Titulaturen, die nicht im „Kunne“ zu finden sind und die er sich angewöhnen außerhalb der Grube wohl schämen würde. Vor kürzerer Zeit erschien nun der Betriebsführer mit dem Einfahrer bei einer Kameradschaft, die mit dem Ausbauen einer Strecke beschäftigt war. Hier fragte er den Ortsältesten, wo die Kumpel seien. Der Ortsälteste erwiderte, daß er in den zwei Wochen, die er an der Arbeit sei, überhaupt noch keine Kumpel zu Gesicht bekommen habe. Dies genügte dem Betriebsführer schon, um sein ziemlich reichhaltiges Schimpfregister zu ziehen. Ein Arbeiter, der die Umgangsformen des Betriebsführers wohl noch nicht genugsam kannte und sich durch die Ausdrücke: „Verbummeltes Volk“ und „Lumpen“ gekränkt fühlte, stellte den Beamten in erster Weise wegen dieser Beschimpfungen zur Rede. „Ja, was soll man anders machen?“ entgegnete Herr F., beinahe verwundert über das Feingefühl des Gefräßten. Selbst-erkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Der Betriebsführer gab mit seiner Gegenfrage dem Arbeiter zu, daß er als gebildeter Mann grobe Schimpfworte gebraucht hat. Wird er von den Kameraden bei jeder Gelegenheit hieran erinnert, dann wird er wohl auch einmal von selbst die Antwort auf seine Frage finden: „Was soll man anders machen?“ Schwer zu ergründen ist sie nicht! Er braucht nur daran denken, daß Arbeiter Menschen sind und daß man als Gebildeter ver-pflichtet ist, das Ehrgefühl seiner Mitmenschen zu schonen, anstatt zu verletzen.

Reiche Sterkrade I und II. Herr Hilfssteiger Kraus ist zwar noch nicht lange von der Bergschule weg, versteht aber schon recht gut, den Arbeitern gegenüber den „Schnellding“ herauszuweisen. Man weiß nicht recht: hat er diese Fähigkeit schon von der Schule mit-gebracht oder hat er sie sich erst im Betriebe als Wahrzeichen seines Amtes angeeignet. Da er aber auch nur ein Mensch ist wie jeder andere, also auch nicht weiß, was ihm das Schicksal noch aufgebieten hat, meinen wir, er könnte sich auch etwas menschlicher gehen. Und für einen Menschen — selbst wenn er es zum Steiger gebracht hat — ziemt es sich gewiß nicht, wenn er anderen seine Nichtachtung in so wenig nobler Weise zeigt, wie Herr K. Kürzlich hat er geäußert, daß er dafür sorgen wolle, daß Arbeiter, die Unfallrente beziehen, aber die Kränkung nicht mehr anfeuern dürfen. Weil man aber Herr Kraus allen jenen, die eine solche Maßnahme betrifft, eine andere Möglichkeit zur Ernährung nicht beschaffen kann, muß seine Meinung als gefühllos bezeichnet werden. Am 14. August sind einigen Kameraden, auch auf Veranlassung des Hilfssteigers K., je K Schicht verloren gegangen, obwohl sie rechtzeitig zur Schicht erschienen waren. Wer selbst im Glasauge sitzt, sollte andere nicht mit Steinen werfen, das könnte sich Herr K. zur Notz nehmen. Es gäbe ja so manches, worüber man reden könnte, wir wollen aber für diesmal den Herrn K. nur daran erinnern, daß er kürzlich selbst die Aus-sicht beinahe verpasst hatte. Nur der Aufmerksamkeits einiger Ka-meraden hat er es zu verdanken, daß er nicht „vergessen“ wurde. Solche Kleinigkeiten können einem schon mal passieren, nicht wahr, Herr Steiger?

Provint Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Verwerkschaft Breunsdorf bei Alerisch i. S. Mit Sped fängt man Mühe, hat sich vor ca. 15 Wochen unsere Verwaltung gefügt. Damals wurde nämlich in der Verwerkschaft die Frage erörtert, ob wir uns der Lohnbewegung der Kameraden der übrigen mitteldeutschen Meierei anschließen sollten. Die übergroße Mehrheit dieser Arbeiter nahm eine ablehnende Stellung ein, anstatt mit den auswärtigen Werksbesitzern Hand in Hand für die Heilung eines bestimmten Lohnes zu kämpfen, blieben sie sich in den vorgeworfenen Spedfah-ten. Die Verwerkschaft für diese kurzfristige Vertrauensstellung hat nicht lange auf sich warten lassen. Damals gab es pro Wagen 92 Pf. und konnte bei fleißiger Arbeit doch ein annähernd anständiger Lohn erzielt werden. Der Warden Sped wurde aber allmählich kleiner, von 32 Pf. sank das Wagengeld auf 27 Pf., um schließlich sogar auf 23 Pf. herabgebrückt zu werden. Und wo früher für ein Hauptlohn 50 Pf. gezahlt wurden, gibt es jetzt für daselbst überhaupt nichts mehr. Ein Vertrauensbruch der Lohnreduktion ist nicht möglich und verbietet sich auch schon aus technischen Gründen. Die Kasse ist sehr leicht und geht bei unvorsichtiger Arbeit sofort hoch. Der Lohn ist aber durch die zweimalige Gehaltskürzung so niedrig ge-worden, daß bei großer Anstrengung pro Schicht 3 Mk. verdient werden. Manchmal langt es noch nicht so weit! Dadurch zwingt man die Leute geradezu zu lodernder Arbeit, denn mit einem Lohn von 3 Mk. kann doch ein Arbeiter kaum selbst leben, weit weniger noch eine Familie ernähren. Was bedeutet es aber, unter den obwaltenden Verhältnissen blindlings zu wählen? Nichts anderes, als sich demüti-gen einer fortgesetzten Lebensgefahr aussetzen, den Tod geradezu heraus-fordern. Dazu kommen hierorts noch die vielen kleineren Leiden. Vor allem die schlechten Wetterungsverhältnisse, die den Arbeitern die Verwendung der Karbidlampen aufzwingen, obwohl schon vor drei Jahren der Chemiker Dudenberg die Anschaffung eines solchen versprochen hat. Im neuen Bldz ist eine „Verbesserung“ eingeführt und zwar in Gestalt einer ganz eigentümlichen Art von Mauerziegel. Sie soll dazu dienen, das Wasser aufzufangen und die Grube damit vor Ver-schlamung zu bewahren. Diesen Zweck erfüllt sie aber durchaus nicht, das Wasser dringt oberhalb der Schürze durch und verschlemmt die Strecken demnach. Eine große Gefahr für die Verwerkschaft ist das Nehen eines Meinungsschades im südlichen Bldz. Dieser Mangel kann einmal zur Katastrophe führen. Bei einem Wassereintritt — der seine Seitenzahl ist — kann es viele Menschenleben kosten. Denn alle Anstrengung von den Cestern führen durch ein 5 bis 7 Meter tiefes Loch (Verdrängung), welches naturgemäß zuerst vollflutet und dadurch den Arbeitern den Weg zur schiefen Ebene verwehrt. Am Sonntag, den 6. August, morgens, schwebten die Arbeiter schon einmal in dieser Gefahr, doch gelang es ihnen glücklicherweise, noch einmal durch das Wasser hindurchzukommen. Es wäre wohl angebracht, wenn hier die Verwerkschaft einmal Veranlassung zum Eingreifen nähme. Wenn eine Verwerkschaft unter derartigen Verhältnissen zu arbeiten gezwungen ist und dann noch durch die Verwerkschaft verantwortlich gemacht wird für den ungenügenden Gewinn des Werkes, dann kann man deren Verhalten schlecht verstehen. Neugierig doch vor kurzen der Direktor: „Wir haben jährlich 6000 Mk. für die faulen Arbeiter mehr ausge-gaben.“ Wie denn, wenn die Arbeiter einmal ihren Einfluß und ihr Gewicht in Rechnung stellen würden — welche Bilanz könnten sie dann ziehen? Wir fürchten, daß sie dann wohl zu einem viel schlechteren Rechnungsergebnis kommen würden, als der Direktor und die Verwerkschaft! Wir glauben aber auch, daß die hiesigen Arbeiter durch die Erfahrungen der letzten Monate gewarnt sind und in Zu-kunft mit den Arbeitern der anderen Werke zugleich ihre Rechnung präsentieren werden.

Königreich Sachsen.

Vertrauensbruch Lugau. Am Montag, den 14. August, in der Verwerkschaft, verunglückte auf dem hiesigen Vertrauensschacht der 17-jährige Fördermann Kaiser tödlich. Auf der in Frage kommenden Strecke, wo sich der Unfall ereignete, befindet sich ein Kahlenort, zu deren Ver-lestigung der Verunglückte gehörte. Unschuldig ist aber auch die Strecke stark belastet mit der Bedienung von Hunden. Der Verunglückte ist nun bei seiner Arbeitsstelle im Begriff gewesen, den leeren Hund einzuschleichen, welches geschehen sein mußte, bevor die Förderleiste mit vollen Hunden wieder kamen. Es bleibt da nur höchstens 1 1/2 Minute Zeit übrig. Dieses geschieht dem Verunglückten nicht gelungen zu sein. Der in scharfem Tempo kommende volle Hund hat den leeren erfasst und den an der Seite stehenden Verunglückten mit dem Kopf an den Stempel gedrückt. Zwei Fragen sind es, die hier an die Verantwort-lichen Stellen zu richten sind. 1. Warum ist dort bei so lebhafter Förderung keine Wache, auf der es möglich ist, das Einschleichen der Hunde schneller und ungezügelter vorzunehmen? Eine Wache, die aus zwei Teilen besteht und der Hund, wenn man denselben einschleichen will, erst aufgeschleppt werden muß, ist höchst unpraktisch und hat wesent-lich zu diesem Unglück mit beigetragen. 2. Warum wird in der Förder-strecke vor der Platte nicht überlegt, damit man sich erst überzeugen kann, ob der betreffende Hefeste und die Strecke frei ist? Wir sind der Überzeugung, daß, wenn beide Maßregeln angewendet worden wären, das Unglück vermieden werden konnte.

Saargebiet und Reichslande.

Grube Ruch-Griebe. Etwas Schneidigkeit, da angewandt, wo es Zweck hat, mag mitunter ganz gut sein, doch sollte nichts zu sehr übertrieben werden. Vor kurzem kam es vor, daß ein Arbeiter unten in der Grube im Begriff, zur Arbeit zu gehen, etwas an einer Schiene strandete. Der Herr Betriebsführer sah dies und befahl dem Mann, sofort auszufahren. „Bessere Leute könne er in der Grube nicht gebrauchen.“ Es stehen Zeugen zur Verfügung, daß der betreffende Mann an diesem Tage und am vorhergehenden keine alkoholischen Ge-tränke zu sich genommen hat. Eine derartige Behandlung muß auch den harmlosen Menschen erbittern, da nicht jedermann in der Lage ist, nicht als fester Kriegervereinler aufzutreten.

Belegschaftswechsel im Ruhrgebiet.

Die Verteidiger des Zechenschwerverbandes haben bekanntlich seinen Zwangsarbeitern nachweis begründet mit der Behauptung, die Ruhrbelegschaften vertrieben „massenhaft“, im „hiesigen Maße“ Kontraktbruch. Das zeige der kolossale Belegschaftswechsel. Dem Kontraktbruch folge durch eine scharfe Kontrolle der Abfahrenden und Zugehenden entgegengekömmt werden.

Wäre die Zahl der Kontraktbrüche wirklich so „massenhaft“, dann müßte dies in einem ebenso „massenhaften“ Rückgang des Belegschaftswechsels seit Einrichtung des Zwangsarbeitsnachweises offen-bare zu sich nehmen. Der neueste Bericht des Allgemeinen Knappschaff-vereins zu Wochum enthält eine Nachprüfung der gegenseitigen Be-hauptung.

Nach diesem Bericht gehalten sich der Belegschaftswechsel auf den Ruhrzechen wie folgt:

Jahr	Zugegangene Arbeiter		Abgegangene Arbeiter	
	absolut	pro 100 Mann der Belegschaft	absolut	pro 100 Mann der Belegschaft
1902	115.000	48	109.880	44
1903	119.704	58	125.325	48
1904	119.681	51	132.923	48
1905	101.367	48	132.370	44
1906	162.699	57	139.519	49
1907	218.951	71	173.093	56
1908	216.044	63	198.153	58
1909	170.950	52	178.282	51
1910	174.840	50	170.281	48

Aus dieser Zusammenstellung geht deutlich hervor, daß in den Jahren vor Einrichtung des Zwangsarbeitsnachweises der Belegschafts-wechsel nicht stets höher, sondern in manchen Jahren niedriger war als nach 1909, dem Jahre des Inkrafttretens des Zwangsarbeitsnach-weises. Der letzte Rückgang des Belegschaftswechsels fällt auch nicht zusammen mit der Einrichtung des Zwangsarbeitsnachweises, sondern begann schon 1908. Während 1902 auf 100 Mann der Gesamtbelegschaft 92 abfahrenden und zugehenden, waren es 1910, als der Siebapparat in voller Tätigkeit stand, 98 Wechselnde! Daß der Zwangsarbeitsnach-weis seinem kontraktbrüchigen abfahrenden Bergmann Arbeit zuwei-sen, fügen die Zechenherren ja selbst. Die Ziffern des Belegschaftswechsels beweisen also, daß von einem „massenhaften“, sich „stets steigenden Kontraktbruch“ der Ruhrbelegschaften nachweislich nicht die Rede sein kann.

Der starke Belegschaftswechsel vollzieht sich, von einem geringen Bruchteil abgesehen, völlig ordnungsgemäß. Deshalb kann ihn auch der Zwangsarbeitsnachweis nicht aus der Welt schaffen, oder er muß die Arbeiter ihres Freizügigkeitsrechtes be-

deshalb dem Verbands der Bergarbeiter Deutschlands angeschlossen habe, welche Organisation er für die beste halte, da in derselben nicht nach der Zugehörigkeit zu irgend einer Religionsgemeinschaft gefragt werde, was bei einer wirtschaftlichen Organisation auch nicht sein dürfe. Alle anderen Verbände, wie der christliche Verband usw., sind für die Bergarbeiter schädlich, insofern sie die Zersplitterung der vom Bergkapital ausgebeuteten Bergarbeiter betreiben. Bei den Grubenunternehmern gibt es keinen christlichen Verband, da wird nicht nach einem Religionsbekenntnis gefragt. Die Bergarbeiter Deutschlands müßten sich die Bergwerksunternehmer in der Organisationsfrage zum guten Beispiel nehmen, die Augen offen halten und sich nicht von den christlichen Agitatoren, die nach ihrem Denken und Handeln zu urteilen, überhaupt keine Christen sind, einfangen lassen. Nur in einer einzigen geschlossenen Organisation können die Bergarbeiter wirksam ihre Interessen, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Verbesserung der Arbeitsverhältnisse usw. erkämpfen. Die Beschäftigung der freien Organismen, als ob diese allgemein Unversandene terrorisieren, müsse er bekämpfen. Einzelne Fälle beweisen gar nichts. Er gerade sei durch das gute Beispiel des rechtschaffenen und kameradschaftlichen Verhältnisses freierorganisierter Kameraden zum ersten Nachdenken und endlich auch zum Beitritt in den Verband veranlaßt worden. Er hoffe und wünsche, daß sich auch die übrigen Glaubensgenossen befinden und sich dem Verband anschließen mögen. In der Diskussion sprachen alle, die zu Worte kamen, ihre Freude über die Ausführungen des Referenten aus und wünschten von ihm, daß er unter seinen Glaubensgenossen für die Organisation arbeite. Mit einem Hoch auf den Verband der Bergarbeiter Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

Saargebiet und Reichslande.

Der Zentrumsverein ist brav geworden!

Vor drei Jahren schrieb die lothringische Bergbehörde in ihrem Bericht über den Zentrumsverein, er betreibe eine gewissenlose Verhöhnung der Arbeiter gegen die Besessenen. Damals konnte man auch übertriffliche Reden hören von den Gewerkschaftsführern im lothringischen Bergwerksgebiet. Die Generale Wehrens und Effert waren auch wiederholt hier und nahmen den Mund recht voll gegen den Kapitalismus. Deren Nebenklängen wenigstens viel tabulärer als die der Verbandsreferenten. Daraus mag die Bergbehörde den Schluß gezogen haben, der Zentrumsverein sei „besonders gefährlich“. Nun, heute hat sich eine solche Wandlung im Auftreten der Zentrumsvereinsgeneräle vollzogen, daß auch die Bergbehörde davon rühmend Notiz nimmt. Der Kaiserliche Bergmeister Gräve in Saargemünd beschränkt sich in seinem soeben erschienenen Jahresbericht mit den Lobpreisungen, die der (alte) Bergarbeiterverband auf Schacht V der Grube Saar und Mosel einbrachte, hat und berichtet darüber:

Auf Schacht V der Grube Saar und Mosel setzte gegen Ende des Jahres eine Lohnbewegung ein. Die Grubenverwaltung schulte die geforderte 10prozentige Lohnerhöhung ab; nachdem sich der Streikverlauf durch Einsicht der Lohnlisten davon überzeugt hatte, daß die Löhne auf Schacht V nicht zurückgegangen sind und im Durchschnitt höher stehen als auf den Saargebieten, konnte ein Ausstand infolgedessen dadurch vermieden werden, daß der christliche Gewerkschaft seinen Mitgliedern von der Beteiligung an einem solchen abriet, wodurch auch der sozialdemokratische alte Verband sich zum Nachgeben gezwungen sah.

Was der Kaiserliche Bergmeister über die Taten des Zentrumsvereins erzählt, ist richtig. Falsch ist dagegen, was er über die Entwicklung der Löhne sagt. Die Löhne sind nicht gestiegen, sondern zurückgegangen, was der Bericht durch folgende, von den Unternehmern stammende Angaben bestätigt; danach verdienen die unterirdischen Bergarbeiter:

eigentliche	sonst. unterird.	eigentliche	sonst. unterird.	eigentliche	sonst. unterird.	eigentliche	sonst. unterird.
Bergarb.	Bergarb.	Bergarb.	Bergarb.	Bergarb.	Bergarb.	Bergarb.	Bergarb.
1908	1908	1909	1909	1900	1910	1910	1910
5,32 Mt.	3,32 Mt.	5,07 Mt.	3,80 Mt.	5,06 Mt.	3,78 Mt.		

Der amtliche Bericht weist also nach, daß die eigentlichen Bergarbeiter 1910 pro Schicht 26 Pf. weniger verdienen als 1908, und auch der Jahresverdienst der Gesamtarbeiterschaft bleibt mit 1290,10 Mark gegen 1272,24 Mt. im Jahre 1908 um 42,14 Mt. zurück, trotzdem den Hebertagelärtern der Lohn um 10 Pf. pro Schicht aufgebessert wurde. Und das trotz einer beispiellos guten Konjunktur, die in der Mehrförderung und Vermehrung der Arbeiterschaft deutlich zum Ausdruck kommt. Die Zahl der im lothringischen Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter liegt am 1. März 1910, von 1. März 1909 um 13.020 in 1910, befindet sich noch immer in ständigem Anwachsen und wird im Jahre 1911 weit stärker wachsen als im letzten Jahre. Schon seit der Förderung fortgesetzt; sie betrug 2.688.870 Tn. gegen 2.407.742 Tn. im Vorjahre. Eine Uebersicht sagt die andere, an Zeiten mangelt es dauernd. In dieser günstigen Zeit forderte der Verband eine 10prozentige Lohnerhöhung, aber schnell kam der Zentrumsverein den bekränkten Kapitalisten zu Hilfe und vereitelte die Lohnbewegung!

Der Kaiserliche Bergmeister Dr. K. H. M. a. n. - Dierckhoff stellt dem Zentrumsverein eine noch bessere Note aus, indem er in seinem Bericht (Seite 109) schreibt:

„Von verschiedenen Grubenverwaltungen wird hervorgehoben, daß der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter sehr in sachlicher und maßvoller Weise die Arbeiterinteressen im Minutengedächtnis betreut.“

Man beachte die Worte genau: von verschiedenen Grubenverwaltungen, nicht von den Arbeitern, wird dem Zentrumsverein eine „maßvolle“ Vertretung der Arbeiterinteressen nachgerühmt, eine Ehre, die sonst die gelben Hüttenvereine allein genießen! Das Lob, das diese Grubenverwaltungen dem Zentrumsverein zollen, gewinnt um so höhere Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß es sich um die Firmen der Wendel, Gebrüder Stumm, Gebrüder Hülsing, Deutsch-Luxemburg (Dugo Stinnes), Vochemer Verein (Waare), Geleisen (Kirch), um die größten Schachtmacher Deutschlands handelt!

Man kann danach wohl glauben, daß der M.-Gladbacher Kaplan Dr. Sonnenchein die Wahrheit sagte, als er vor kurzem in Flensburg erzählte, die konfessionellen Führer — also die Schachtmacher — und die bedeutendsten Staatsmänner hätten sich davon überzeugt, welche guten Dienste ihnen die christlichen Gewerkschaften leisteten, so daß sie unter allen Umständen den Schutz der Reaktion verdienten.

Die „Saarpfost“ lügt und beleidigt in — Wahrung berechtigter Interessen!

Vergangenen Herbst brachten die „Saarpfost“, der „Bergknappe“ und eine Anzahl Zentrumsblätter, die für das M.-Glabbacher „Christentum“ freiten, einen gleichlautenden, von A bis Z erlogenen Artikel, in dem behauptet wurde, der Bergarbeiterverband habe in Form eines gemeingewaltigen Mitglied die ihm zustehende Unterordnung nicht ausgeübt und erst als die Frau des Gemeindegelbes die Deffektivität angreifen hätte, habe Kamerad Leimpeters ihr 40 Mt. ausgezahlt, sich aber nachher nicht mehr sehen lassen. In Frau Lautern sei eine ganze Zahlstelle zum „christlichen“ Gewerksverein übergetreten, weil Kamerad Götterich die Frau des Vertrauensmannes „bunnes Zuber“ ausgehimpft habe, dafür sei er aber von der Frau mit dem Besenstiel aus dem Hause getrieben worden und habe seinen Zylinder eingetrichtert. Diese verlogenen Behauptungen wurden durch die „Bergarbeiter-Zeitung“ sofort richtig gestellt und bemerkt, daß wohl der „Genosse Götterich“ sein Unwesen weiter treibe und immer noch gefällige Briefe schreibe. Aber trotzdem wiederholte die „Saarpfost“ in der Nr. vom 22. Oktober v. J. dieselben Angaben in der bestimmtesten Form, worauf dann sowohl Leimpeters wie auch Götterich Privatklage anstimmten. Vor dem Sünderichter Happe, der „Lapfer“, „Saarpfost“-Redakteur schon zusammen, erklärte, daß er, soweit die Vorwürfe sich gegen R. richteten, den Wahrheitsbeweis nicht antreten könne, sagte pater peccavi, worauf L. seinerseits die Privatklage zurückzog, während Götterich seine zur gerichtlichen Entscheidung kommen ließ; jedoch wurde der „Saarpfost“-Redakteur in beiden Instanzen freigesprochen. Aber dieser Freispruch enthält eine vernichtende moralische Verurteilung des christlichen Zentrumsblattes und ist nur durch einen Irrtum des Gerichts möglich geworden. In der schriftlichen Begründung des Landgerichtsurteils von Saarbrücken vom 28. Juli heißt es:

... Diese behaupteten und verbreiteten Tatsachen sind, wie das Gericht nach der heutigen Verhandlung als zweifellos annimmt, nicht erwiesen wahr, vielmehr sogar festgestelltermaßen unwahr, wenn auch nicht wesentlich unwahr. Der Angeklagte hat den Wahrheitsbeweis zu führen unternommen, indem er sich auf das Zeugnis der Ehefrau des früheren Vertrauensmannes, Joh. Mich. Kramer aus Saarbrücken berief. Diese Frau behauptet, gegen ihren Willen

genommen, nicht weiter zu bekunden... Es behauptet seiner Ausführungen, daß der Angeklagte damit nicht den Beweis der Wahrheit für die nach dem Artikel von dem früheren Vertrauensmann aufgestellten Behauptungen erbracht hat... Es ist weiter erwiesen, daß der Privatkläger die Frau Mich. „Zuber“ genannt hätte, nach daß er sich im Laufe des Herganges über ungenügend betragen hätte; es ist widerlegt, daß die Frau Mich. ihn mit einem Besenstiel bedrohte oder gar aus dem Hause gejagt hätte.

Damit ist der Tatbestand des § 188 St.-G.-B. an sich gegen den Angeklagten festgestellt. Er hat in Beziehung auf den Privatkläger nicht erwiesen, welche Tatsachen behauptet und verbreitet, welche denselben verächtlich machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sind.

Das letztere, jemand in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, kann die „Saarpfost“ zum Glück nicht mehr, sie hat sich selbst so weit herabgesetzt, daß es unter ihr für andere keinen Platz mehr gibt. Das Gericht billigte dem Angeklagten den Schutz des § 188 ab, weil es der irrigen Auffassung war, der Artikel sei in der Abwehr gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ geschrieben, während in Wirklichkeit die „Bergarbeiter-Zeitung“ sich in der Abwehr gegen die „Saarpfost“ befand und diese dann trotz der Nichtbilligung der verlogenen Behauptungen vollständig aufrecht erhielt und somit die Klage geradezu herausforderte. Sollte auch die Revision ohne Erfolg bleiben, so ginge der „Saarpfost“-Redakteur zwar straffrei aus, aber dennoch steht gerichtlich fest, daß die christliche „Saarpfost“ wieder einmal gelogen, einen Mitmenschen verleumdet hat — das „antichristliche Christentum“!

Ein neues Mittel zur Hebung der miserablen Lage der Saarbergleute

hat die Saarbrücker Bezirksleitung des Zentrumsvereins entbietet. Sie läßt jetzt — festgesetzt — eine „Demonstration gegen die schlechten Arbeitsbedingungen“. Die „Saarpfost“, ein Organ für den Zentrumsvereins, versucht unsere auf die eigenen Auslassungen von Zentrumsvertretern gestützte Darstellung der miserablen Lage der Saarbergleute in eine — „Verhöhnung der Saarbergleute“ umzuwandeln, weil wir die zentralisierten Mitglieder des Reichsvereins und Reichsleiter der Saarbergleute zum gebührenden Entzagen ihres Stands in unserem Artikel in rechte Licht gestellt haben. Unser Artikel ist mit Interesse von vielen Saarkameraden gelesen worden, aber keiner hat eine „Verhöhnung“ des hiesigen Arbeiterstands darin gefunden. Eine Verhöhnung der Arbeiter ist es dagegen, wenn man ihnen weismacht, sie könnten sich durch „Demonstrationen“ etc. von dem saarabstischen Druck befreien. Der Zentrumsverein prahlt schon vor Jahr und Tag, er habe die Massen der Saarbergleute geistig erlöst. Nun sind auf verschiedenen Gruben Kameraden wegen angeblich „schlechter Leistung“ bestraft, eine Anzahl Kameraden, obwohl sie fleißig gearbeitet hätten, sogar entlassen worden! Was macht der „harte Gewerksverein“ dagegen? Er veranstaltet Feste, um gegen die schlechten Arbeitsverhältnisse zu demonstrieren! Das ist eine blutige Verhöhnung der Arbeiter, eine „gewerkschaftliche“ Asozialität, über die sich die saarabstischen Forscher vor Jahren den Bauch halten werden. Aber diese Komödie hat doch einen „guten Zweck“, sie soll nämlich Stimmung für die nächsten Reichstagswahlen machen! Der Zentrumsverein will der Zentrumsparität die beiden saarabstischen Reichstagswahlkreise erobern helfen. Darüber herrscht im Saargebiet kein Zweifel mehr, wohin die lauten Klagen der hiesigen Zentrumspressen über die geringen Löhne und die hohen Lebensmittelpreise zielen. Daß die Zentrumsparität in erster Linie durch ihre zoffenbildende und flüchtwilligende Haltung den Haushalt des Arbeiters verteuert, davon schneidet die Zentrumsparität selbstverständlich. Gegen die unteren und mittleren Werksbeamten werden rabattale Löhne angesetzt, als ob diese die Schuldigen an dem System seien. Die wahren Schuldigen sitzen viel „höher“, es sind die Herren in der Regierung, mit denen die Zentrumsführer in Berlin recht gut Freund sind. Die Krut der Saarbergleute ist nicht von heute und gestern, sondern entwickelte sich unter den Augen der „geborenen Volksführer“ seit Jahren. Nun wieder die Reichstagswahlen bevorstehen, entsetzt man die Verarmung der Saargebiete und nun wird darüber gewettert, als ob das „glorreiche Zentrum“ unschuldig an der Nahrungsvertierung sei. Der Reichstagswahlkatalog für Zentrumsmandatanten sollen denn auch die „Demonstrationsfeste“ dienen; vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet sind sie eine blutige Verhöhnung der bedauernswerten Saarkameraden. Am Sonntag, den 6. August, fanden „Demonstrationsfeste“ mit „Festgängen“ in Württemberg und in dem aus der 1880er Bewegung bekannten Wildbad statt. Im ersten Orte sollen 2500, im zweiten circa 5000 Personen anwesend gewesen sein. Es redeten Johann Effert und Heinrich Rüpp. Außerdem hatte man einige der Führer des vom Verfallenen und dem M.-Glabbacher „Volksverein“ 1893 vernichteten Reichstagsvereins herangeführt, die Kameraden Lamertz, Speicher-Weigert und sogar R. H. M. a. n. Marken, der wie sein zweiter Reichstagsvereinsführer von der Zentrumsparität damals als Arbeiterbetrüger, anarchoide Reichstagsführer, gewissenloser Verbeuger von Arbeitergeizhalsen beschimpft und beschmutzt worden ist, diesen selben R. H. M. a. n. führte die Zentrumsvereinsleitung per Wagen im Festzug mit und er verstand sich dazu, eine längere Ansprache auf dem Wildbad zu halten, von derselben Stelle aus, wo seine Worte während der 1880er und 1893er Reichstagsbewegung so oft zu zersplitternden kämpfenden Kameraden klängen. Nikolaus Marken ist immer Freund eines lustigen Witzes gewesen, als Mt. nur können wir seine am 6. August 1911 auf dem Wildbad abgegebene Erklärung auffassen, die dahin ging, die alten Reichstagsführer seien, „ohne daß sie wußten was vorging“, in die Hände der — Sozialdemokraten gefallen! Dieses hätte dem Reichstagsverein zum Verderben gereicht! Nikolaus Marken ist, wie gesagt, ein alter Späßvogel. Seine nunmehrige Erklärung über den Untergang des Reichstagsvereins muß auch dem General Effert spitzig vorgekommen sein, denn Effert selber weiß recht gut, wer den Reichstagsverein laput gemacht hat. Nun Nikolaus Marken eine so späßige, mit den Tatsachen — wie er selbst früher wiederholt festgestellt hat! — im Widerspruch stehende Darstellung der Vorgänge im Reichstagsverein zu geben für angebracht gehalten hat, werden wir wohl bald den alten Marken reden lassen müssen, was der, als er die Verleumdungsmut der „christlichen“ Presse über sich ergehen lassen mußte, über die wirklichen Zersplitterer des Reichstagsvereins gesagt und geschrieben hat. Die wirklichen Zersplitterer sind nämlich eng verbandt mit den Leuten an der „Saarpfost“ und an der „Neutirgauer Volkszeitung“. Ihnen kommt neben dem Verfallenen der traurige Ruhm zu, die Saarbergleute um ihre hoffnungslose Organisation und damit um das Mittel, ihre Lage zu verbessern, gebracht zu haben. Diese Tat hat den heutigen argen Zustand der Saarbergleute verschuldet. Während 1892, als der Reichstagsverein existierte, die Dauer und Schlepper im Saarberg 4,23 Mark Schichtverdienst hatten, sank er 1894, als der Verein durch Hilger und die Zentrumschebe vernichtet war, auf 3,69 Mt. und fand 1900 erst wieder auf 4,11 Mt. Der Lohn der Ruhrbergleute, die sich ihren Verband nicht vernichten ließen, war 1892 noch 36 Pf. niedriger pro Schicht als der Saarbergmannslohn, stieg bis 1900 auf 5,16 Mt., 1,05 Mt. höher als der Saarbergmannslohn. Heute steht dieser noch immer eine Mark niedriger als der Ruhrbergmannslohn. Da auch dieser infolge der konfessionell-gewerkschaftlichen Nahrungsvertierungspolitik nicht mehr ausreicht, so ist leicht begreiflich, daß die Saarbergleute erst recht verarmen und verschuldeten mußten. Diese traurige Tatsache gehört mit in das Schuldbuch der Partei der „Saarpfost“ eingetragen, für die heute Wahltagung mit „Demonstrationsfesten“ des Zentrumsvereins getrieben werden soll. Daß sich auch Nikolaus Marken, der von der Zentrumsparität böseartig verlästerte ehemalige Reichstagsvereins-Vorsitzende herbeiließ, den ihm wohlbekannten Vernichtern der selbständigen Saarbergmannsorganisation Wohlwille zu leisten, hat bei vielen alten Reichstagsvereinsmitgliedern Kopfweh erregt. Vor allem bei solchen, mit denen „Nikolaus Marken“ vor noch längerer Zeit Erinnerungen an die Zeit von 1889—1893 aufgewacht hat. Die Taten nämlich anders wie seine Rede auf dem Wildbad am 6. August 1911.

Süddeutschland.

Anwerbung bayerischer Arbeiter für die Ruhrzucht

Uns wird geschrieben: In Bamberg in Bayern hat ein Agent der Zeche N. a. b. o. d. 45 Mann angeworben. Dieselben sind in der Vorwoche auf N. a. b. o. d. angekommen. Der Agent hatte ihnen für Heberarbeit einen Minimallohn von 5 Mt. und für Arbeit in der Grube 6 bis 7,50 Mt. versprochen. Bei ihrer Abfahrt von Bamberg am 16. August, morgens 10 Uhr, sind ihnen vom Agenten 2 Mark Begegnungsgeld ausbezahlt worden. Abends um 8 Uhr haben sie auf einer Eisenbahn

hinter Kassel das erste Essen bekommen. Von dieser Station ist der Agent wieder nach Nürnberg zurückgefahren, um weitere 200 Mann zu holen. Der Obersteiger Stens von N. a. b. o. d. hat sie dann abgeholt und nach der Zeche gebracht. Dort von Bergleuten über die Lohnverhältnisse aufgeklärt, stellten sie den Obersteiger zur Rede und dieser stellte ihnen einen Lohn von 8,80 Mt. überlage und einen solchen Unterlage von 4,20 Mt. in Aussicht. Darauf verweigerten sämtliche 48 Mann die Arbeit und kehrten der Zeche den Rücken. Mittellos iren die Leute nun im Industriegebiet umher. Sie waren bereits mit einem Aufseher versehen und sollten in der Zeche menage einlogiert werden. — Es ist einfach ein Skandal, daß immer noch mehr Arbeiter in das Ruhrgebiet gelockt werden. Es fehlt hier nicht an Arbeitskräften, im Gegenteil, die vorhandenen Arbeiter fördern mehr als abgefeht werden kann. Will denn die Regierung die Fremden weiter gemächlich aufsehen? Wohin will man es treiben? Wir raten abermals bringen alle Arbeiter, sich nicht für das Ruhrgebiet anwerben zu lassen. Hier gibt es Arbeiter in Überflut und wie die Lohnversprechungen gehalten werden, das beweist wieder der vorhin erzählte Fall.

Briefkasten.

Langendreier. Die Beschwerden mit den neun Unterschriften haben wir einem Vorstandsmitglied (Knappschafftskämmerer) des Bodumer Knappschafftsvereins gefandt. Der Anlag war u. E. zu geringfügig zur öffentlichen Beprechung.

Abrechnung.

Für den Monat Juni haben bei der Hauptkasse folgende Zahlstellen abgerechnet:

Besitz Ham m: Nhlen 140,—, Nifferde 74,10, Nltenböge 282,30 (2,—), Nlmerke 150,—, Nöhen 188,40, Nödom-Göbel 541,00 (18,—), Nödom 206,80 (0,—), Nödom-Nord 187,20, Nödom 700,35 (0,25), Nödom I 916,95 (8,25), Nödom II 1078,85 (7,25), Nödom III 172,05 (1,25), Nödomborn 408,85 (1,75), Nödom 700,40 (5,50), Nödom 138,20 (5,—), Nödom 85,50, Nödom 145,80, Nödom 88,70 (5,—), Nödom 248,50 (2,—), Nödom 315,10 (2,50), Nödom 568,25 (0,25), Nödom 718,50 (1,50), Nödom a. b. 2. 155,50, Nödom 40,55 (2,75) Mt.

Besitz Lünen: Nödom 307,10 (1,50), Nödom 825,— (15,50), Nödom 478,25 (1,25), Nödom 91,00 (4,50), Nödom 151,50 (1,50), Nödom 127,50 (0,50), Nödom 170,15 (1,75), Nödom 17,70, Nödom 303,70 (4,—), Nödom 341,60 (2,75), Nödom 417,10 (1,50), Nödom 11,10, Nödom 228,80 (8,50), Nödom 244,30 (0,50), Nödom 17,50, Nödom 1,00 (1,50) Mt.

Besitz Dortmund: Nödom 885,70 (5,—), Nödom 617,— (18,50), Nödom I 2012,50 (0,—), Nödom II 600,70 (5,—), Nödom III 745,05 (4,25), Nödom IV 250,80 (2,—), Nödom V 101,50, Nödom 438,40 (4,50), Nödom 218,— (2,80), Nödom 128,80 (4,50), Nödom 531,00 (10,—), Nödom III 457,80 (10,50), Nödom 172,85 (1,25), Nödom 120,00 (2,—), Nödom 220,10, Nödom 750,10 (10,50), Nödom 1, 447,00, Nödom II 178,30, Nödom 209,10, Nödom 300,75 (5,25), Nödom 82,10, Nödom 301,00 (3,50) Mt.

Besitz A. a. r. o. p.: Nödom 108,30, Nödom 451,70, Nödom 141,00, Nödom II 210,35 (1,25), Nödom II 114,50, Nödom 181,55 (1,25), Nödom 103,10, Nödom 185,20, Nödom 847,60 (1,50), Nödom 101,10 (1,50), Nödom 132,20, Nödom 318,10, Nödom 180,40 (1,—), Nödom 716,35 (0,25), Nödom 91,20, Nödom 813,35 (3,25), Nödom 118,50, Nödom 101,00, Nödom 300,70, Nödom 422,20 (6,50), Nödom 180,70, Nödom 400,85 (7,—) Mt.

Besitz E. i. d. i. n. g. h. o. f. e. n: Nödom I 915,80 (18,50), Nödom II 310,10 (1,—), Nödom III 308,40, Nödom 347,50 (5,—), Nödom 533,— (0,50), Nödom 302,— (1,50), Nödom 11,50, Nödom 288,40, Nödom 581,50, Nödom 168,70, Nödom 505,— (0,—), Nödom 437,30, Nödom 580,40 (4,—), Nödom 114,10, Nödom 449,80 (2,50), Nödom 217,80, Nödom 179,—, Nödom 555,20 (6,50), Nödom 350,40, Nödom 133,20 (4,50), Nödom 105,—, Nödom 358,80, Nödom 420,30 (4,50), Nödom 350,95 (2,75), Nödom 525,20 (1,50), Nödom 50,70, Nödom 208,80, Nödom 407,20 (0,50), Nödom 401,40 (2,—), Nödom 234,00, Nödom 107,80, Nödom 91,40, Nödom 213,80 Mt.

Besitz L. i. n. d. e. n: Nödom I 184,30, Nödom II 14,05, Nödom 504,70 (1,—), Nödom 178,80, Nödom 10,80, Nödom 313,— (2,—), Nödom II 271,80 (0,50), Nödom 170,90, Nödom 281,70, Nödom 612,90 (4,—), Nödom 388,60, Nödom 122,60 (2,50), Nödom 138,50, Nödom 174,80, Nödom 135,80, Nödom 198,10, Nödom 220,45 (0,75), Nödom 254,35 (2,75), Nödom 500,50 (5,—), Nödom 155,50, Nödom 458,40 (4,50), Nödom 329,50, Nödom 432,50, Nödom 416,30 (7,—), Nödom 329,50, Nödom 335,05 (3,50), Nödom 280,50, Nödom 229,—, Nödom 400,70 (4,—), Nödom 115,10, Nödom 97,50 (2,50), Nödom 258,50 (2,50), Nödom 685,50, Nödom 457,30 Mt.

Besitz V. o. d. u. m: Nödom 688,20 (1,50), Nödom I 334,05 (1,75), Nödom II 597,35 (9,75), Nödom III 429,30 (3,—), Nödom IV 180,00 (1,—), Nödom V 237,70, Nödom VII 539,20, Nödom VIII 322,10 (0,50), Nödom IX 825,80, Nödom 223,20, Nödom 333,— (2,50), Nödom 613,35 (2,75), Nödom 426,35 (3,75), Nödom 300,45 (2,25), Nödom 1044,40, Nödom 1913,20 (2,—), Nödom 117,25 (3,25), Nödom 372,40, Nödom 442,05 (4,25), Nödom 1100,95 (11,75), Nödom 137,15 (0,75) Mt.

Besitz M. e. d. i. n. g. h. o. f. e. n: Nödom 180,70, Nödom 705,— (0,50), Nödom 212,50, Nödom 38,25, Nödom 742,50 (1,50), Nödom 438,70, Nödom 221,35 (0,25), Nödom 80,—, Nödom 1958,60 (13,50), Nödom 661,50 (13,—), Nödom 108,00 (5,50), Nödom 153,05 (0,25), Nödom 1015,05 (2,75), Nödom 31,50, Nödom 185,70, Nödom 148,20 (8,—), Nödom 113,20 (0,25), Nödom 180,40, Nödom 809,50, Nödom 180,40, Nödom 507,10 (1,—), Nödom 206,45 (1,75), Nödom 28,80, Nödom 390,60 (6,50), Nödom 149,75 (1,50), Nödom 168,10 (Steinereck), Nödom 66,70 (2,50), Nödom 85,40, Nödom 230,— Mt.

Besitz W. o. t. r. o. p.: Nödom 1039,— (9,50), Nödom 647,25 (7,75), Nödom 575,50 (7,50), Nödom 826,10 (10,—), Nödom 1031,40 (6,50), Nödom 135,45 (4,75), Nödom 330,35 (9,25), Nödom 327,50, Nödom 510,15 (20,75), Nödom 712,— (8,—), Nödom 857,10 (10,—), Nödom 810,45 (15,25), Nödom 308,55 (6,75), Nödom 184,— (1,—), Nödom 452,50, Nödom 201,60 (11,—), Nödom 83,85 (0,25) Mt.

Besitz G. e. l. s. e. n. k. i. r. c. h. e. n: Nödom 609,60 (1,50), Nödom I 602,40 (6,50), Nödom II 825,80 (13,—), Nödom III 1253,20 (11,—), Nödom IV 791,25 (4,25), Nödom V 313,30 (4,—), Nödom VI 766,95 (3,75), Nödom VII 447,90 (10,50), Nödom VIII 382,20 (1,—), Nödom 694,20, Nödom 308,70, Nödom 471,15 (9,75), Nödom 196,80, Nödom 588,90 (2,—), Nödom 411,25 (8,25), Nödom 360,20, Nödom 1809,60 (5,—), Nödom 509,50, Nödom 257,— (0,50), Nödom 193,60 (1,50) Mt.

Besitz G. e. l. s. e. n. - O. i. t.: Nödom 358,10 (10,—), Nödom 117,80 (1,—), Nödom 1895,10 (19,—), Nödom 405,40 (2,—), Nödom 308,30, Nödom 280,70 (10,—), Nödom 1420,20 (12,—), Nödom 378,70 (1,—), Nödom 1987,80 (21,50), Nödom 144,60, Nödom 252,60 (13,—), Nödom 453,75 (3,75), Nödom 832,45 (3,25), Nödom 181,— (0,50), Nödom 652,70 (14,—) Mt.

Besitz G. e. l. s. e. n. - W. e. i. t.: Nödom 2021,45 (6,75), Nödom 465,60 (1,50), Nödom 474,65 (7,75), Nödom 647,— (5,—), Nödom 107,—, Nödom 370,75 (3,75), Nödom 115,50, Nödom 422,50 (5,50), Nödom 192,60 (1,50), Nödom 387,80, Nödom 190,70, Nödom 343,25 (1,75), Nödom 344,20, Nödom 640,70, Nödom 957,50 (8,—) Mt.

Besitz O. b. e. r. h. a. u. s. e. n: Nödom 649,—, Nödom 1394,15 (17,25), Nödom I 189,40 (2,50), Nödom II 218,—, Nödom III 125,80, Nödom 20,50 (1,50), Nödom 570,45 (6,25), Nödom 83,90, Nödom 220,10 (0,50), Nödom 344,10, Nödom 514,50, Nödom 104,50, Nödom 236,95 (1,25), Nödom 251,70, Nödom 259,55 (1,25), Nödom 194,20, Nödom 143,70 (1,—), Nödom 178,— (1,50), Nödom 53,— (0,50), Nödom 131,80, Nödom 367,60 (2,—), Nödom 1609,40 (13,—), Nödom 419,70 (25,—), Nödom 96,30 (2,—) Mt.

Besitz S. a. m. b. o. r. n.: Nödom 134,20, Nödom 233,40 (9,50), Nödom 104,60, Nödom 522,40 (2,—), Nödom 157,70, Nödom 30,10, Nödom 297,75 (8,75), Nödom 268,30 (3,50) Mt.

Besitz S. a. n. n. o. b. e. r.: Nödom 114,50, Nödom 120,—, Nödom 23,80, Nödom 44,50, Nödom 39,70 (0,50), Nödom 82,90

